



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

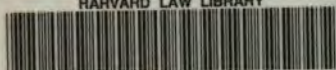
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

HARVARD LAW LIBRARY

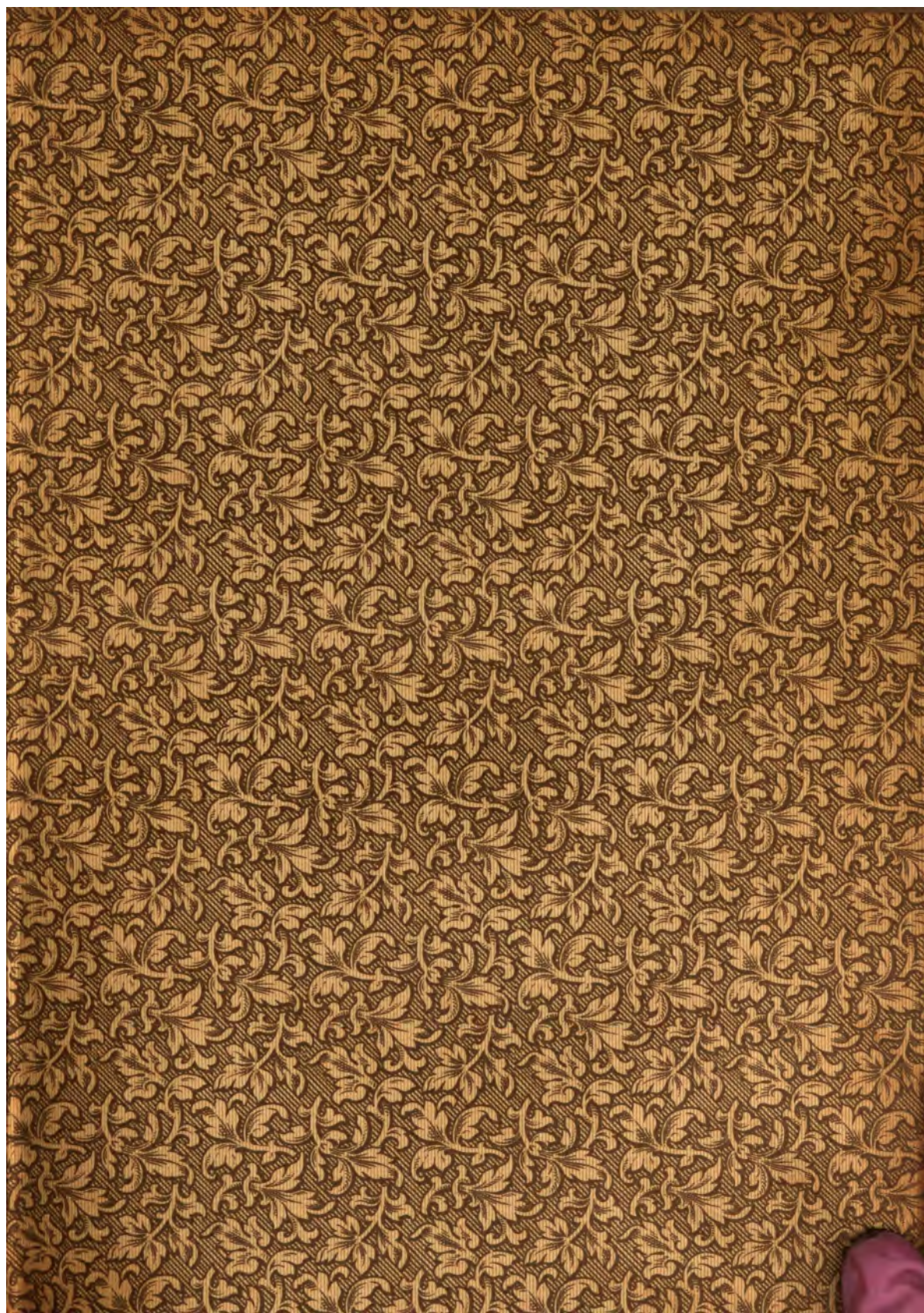


3 2044 097 745 707



HARVARD LAW LIBRARY.

Received *Oct. 16, 1900.*



Germany

DIE
LEGIS ACTIO SACRAMENTO.

DIE

LEGIS ACTIO SACRAMENTO.

EIN VERSUCH
AUF DEM WEGE DER RECHTSVERGLEICHUNG.

Heinrich
Hackfeld VON
H. H. PFLÜGER.



8.
LEIPZIG,
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT.
1898.

13 175
100
Pfl.

Rec. Oct. 16, 1900.

I.

Die legis actio sacramento, so wie ihr mattes Bild aus dürftigen Berichten uns entgegentritt, ist nur ein wesenloser Schatten. Erst wenn wir sie tranken mit dem warmen Blute unserer Phantasie, wird sie uns Rede stehen über ihr vergangenes Leben. Nur müssen wir uns hüten, uns nicht selbst an diesem Zaubertranke zu berauschen, damit nicht Traumgebilde uns zum besten haben.

Weitaus am meisten wissen wir bekanntlich von der sacramenti actio in rem; denn der Bericht des Gaius¹, schon über jene nicht vollständig, ist, soweit er die legis actio sacramento in personam betrifft, nicht zu entziffern. Um so größer sind dann freilich die Rätsel, die das, was wir von der in rem actio wissen, uns aufgibt.

Die legis actio sacramento in rem, insbesondere der Eigentumsprozefs, verlief nach Gaius in folgender Weise.

Beide streitende Teile mußten persönlich vor dem Magistrat erscheinen und die streitige Sache, wenn sie beweglich war, mitbringen. War es ein Grundstück, so

¹ Gai. 4. 13 ff.

begab in alter Zeit der Magistrat sich sogar mit den Parteien vor das streitige Haus oder hinaus aufs Feld, um dort in Gegenwart der Sache sein Gericht zu halten². Zu der Zeit, die Gaius im Sinne hat, blieb er auch in diesem Fall auf seinem Richterstuhl, und die Parteien legten ihm nur einen Ziegel oder eine Erdscholle statt des streitigen Grundstückes vor die Füße. Bei schwer beweglichen Sachen verfuhr man ähnlich³.

Nehmen wir, um den Bericht des Gaius zu Grunde legen zu können, mit ihm an, der Gegenstand des Streites sei eine bewegliche Sache, und zwar die wertvollste, die die Römer kannten, ein Sklave.

Der Kläger hatte, wie billig, das erste Wort und erhob seine Klage in folgender Weise. Er ergriff den Sklaven mit der Linken und, ihn zugleich mit einem Stabe, *festuca* oder *vindicta* genannt, den er in der Rechten hielt, berührend, sprach er die formelhaften Worte:

HUNC EGO HOMINEM EX IURE QUIRITUM MEUM
ESSE AIO SECUNDUM SUAM CAUSAM SICUT DIXI.
ECCE TIBI VINDICTAM IMPOSUI.

Das nannte man die *vindicatio*.

Jetzt hatte der Beklagte das Wort. *Adversarius similiter dicebat et faciebat*, sagt Gaius von ihm. Das heißt, der Beklagte ergriff den Sklaven nun auch mit der Linken, berührte ihn auch mit einem Stabe und sprach auch genau dieselben Worte, die er soeben von dem Kläger gehört hatte.

² Gellius 20. 10; Cicero, *pro Murena* 12. 26 und dazu Keller, *Röm. Civilprozeß* § 14 bei Anm. 211.

³ Gai. 4. 17.

Wegen Gaius 2. 24 nennt man das heute die *contravindicatio*. *Vindicatio* und *contravindicatio* zusammen nannten die Römer bekanntlich das *manum conserere* oder die *manus consertae*.

Nachdem so beide Teile zum Wort gekommen waren, der eine seine Klage, der andere seine Antwort vortragen hatte, schritt der Magistrat ein, um den scheinbar drohenden Thätlichkeiten durch den Befehl vorzubeugen:

MITTITE AMBO HOMINEM.

Die streitige Sache war dadurch der Verfügung beider Parteien entzogen und in gerichtlichen Gewahrsam genommen.

Nun hob der Kläger wieder an:

POSTULO ANNE DICAS QUA EX CAUSA VINDICAVÉRIS.

Der Beklagte antwortete:

IUS FECI VINDICTAM IMPOSUI.

Der Kläger wiederum:

QUANDO TU INIURIA VINDICAVISTI QUINGENARIUM AERIS SACRAMENTO TE PROVOCO.

Der Beklagte darauf:

ET EGO TE.

Was offenbar einer Wiederholung der eben vom Kläger gesprochenen Worte gleichkam.

Unter *sacramentum* ist, wie wir außer aus Gaius⁴ auch aus anderen Quellen⁵ wissen, eine Summe Geldes zu verstehen, die jede Partei für ihre Rechtsbehauptung einzusetzen hatte, und die, wenn die Partei

⁴ Gai. 4. 13.

⁵ Festus v. *Sacramentum*; Varro, de lingua latina V. 180.

unterlag, dem Staatsschatz verfiel. Die Höhe dieser Geldsumme war gesetzlich festgelegt. Für Streitsachen im Werte von tausend As und mehr mußten 500 As, für geringere 50 As eingesetzt werden. Der Sinn der letzten Wechselreden der Parteien ist also zweifellos der, daß sie sich gegenseitig zur Einsetzung der sacramenta herausfordern.

Bezüglich dessen, was auf diese Worte folgte, verweist Gaius auf seine Darstellung des betreffenden Abschnittes der *legis actio sacramento in personam*, die uns, wie gesagt, leider nicht erhalten ist. Schwerlich entgeht uns dadurch aber mehr als die Beschreibung der Förmlichkeiten, unter denen die sacramenta eingesetzt wurden. Auf diese brauchte weiter nichts zu folgen, als was Gaius, in seinem Bericht fortfahrend, wieder mitteilt: das *vindicias dicere*, die vorläufige Verfügung des Magistrats über den Besitz der streitigen Sache. Gegen Stellung von Bürgen, *praedes litis et vindiciarum* genannt, wurde er einer der Parteien für die Dauer des weiteren Verfahrens anvertraut. Damit war das Verfahren *in iure* zu Ende, und das weitere war nun Aufgabe des *iudicium*.

Die Aufgabe des *iudicium* war es aber bekanntlich, zu entscheiden, *utrius sacramentum iustum utrius iniustum sit*⁶, wessen sacramentum mit Recht eingesetzt sei und wessen nicht. So daß der ganze Prozeß auf eine Wette hinauslief, die streitige Rechtsfrage eingewickelt in eine Wette zur Entscheidung gebracht wurde.

⁶ Die Stellen bei Keller, Römischer Civilprozeß § 13 Anm. 201.

Das ist also die legis actio sacramento in rem nach Gaius und einigen ergänzenden Notizen anderer Schriftsteller. Ein Verfahren, so umständlich und so wundersam, daß man sich versucht fühlt, in den Spott Ciceros⁷ darüber einzustimmen. Und es hätte so einfach sein können, ruft er aus: „Fundus Sabinus meus est.“ „Immo meus.“ „Deinde iudicium!“

⁷ Pro Murena 12. 26.

II.

Die neueren Schriftsteller, die sich zur Sache geäußert haben, teilen sich in zwei große Gruppen⁸.

Die einen nehmen die *legis actio sacramento* so, wie sie uns überliefert ist, und beschränken sich darauf, den in ihr ausgesprochenen Grundgedanken zu formulieren, die Lücken der Überlieferung zu ergänzen und allenfalls noch die Frage der Beweisverteilung und die Bedeutung der Vindicierenregulierung dafür zu erörtern. Hierher gehören die Altmeister Keller⁹ und Puchta¹⁰, ferner Wetzell¹¹, v. Bethmann-Hollweg¹² und andere.

Die zweite Gruppe möchte tiefer eindringen. Wie kommt, fragt man, das Wort *sacramentum*, das doch eigentlich einen Eid bedeutet — Hauptfall der Fahnen-*eid* —, wie kommt dieses Wort zu der ungewöhnlichen Bedeutung einer Wettsumme, eines Wetteinsatzes? Die Alten erklären das bekanntlich daraus, daß die Summe in alter Zeit in einem Heiligtume, in *sacro*, niedergelegt und, wenn verfallen, zu gottesdienstlichen Zwecken ver-

⁸ Vgl. Bekker, *Aktionen*, I S. 61 Anm. 1.

⁹ *Röm. Civilprozefs* § 13 ff.

¹⁰ *Institutionen* I § 161.

¹¹ *Der römische Vindikationsprozefs* S. 44 ff.

¹² *Röm. Civilprozefs* I S. 57. 120 ff.

wendet worden sei¹³. Aber man weiß ja, was von den Worterklärungen der Römer zu halten ist.

Auf mancherlei Weise hat man nun die eigentliche Wortbedeutung Eid für die Ermittlung des „Urgedankens“¹⁴ zu verwerten gesucht.

Zuerst Asverus¹⁵. Das gerichtliche sacramentum und der Fahneneid der Soldaten sind ihm sogar ein und dasselbe. In den manus consortae findet er den bildlichen Nachklang eines gerichtlichen Zweikampfes, eines Gottesurteils, durch das zu Romulus' Zeiten der Rechtsstreit ausgefochten worden wäre; und der Sacramentseid ist ihm ursprünglich das Mittel, durch das der vor Gericht um sein Recht Kämpfende, ebenso wie der Krieger durch den Fahneneid, das Recht zur Tötung des Gegners erlangte. Als dann, unter Numa dem Friedfertigen, der wirkliche Zweikampf durch den bildlichen der manus consortae ersetzt wurde, da habe sich auch das sacramentum aus einem Eide in ein Succumbenzgeld verwandeln müssen.

Nicht weniger phantasiereich, aber womöglich noch romantischer, hat H u s c h k e¹⁶ sich die Sache ausgedacht. Er stimmt Asverus im allgemeinen bei, läßt aber den Zweikampf ganz fallen. Ebenso wie die todesmutigen Legionen durch den Fahneneid für den Kampf geheiligt wurden und nur durch ihn das Recht bekamen, den

¹³ Varro, De lingua latina S. 180. Festus, v. Sacramentum.

¹⁴ Keller-Wach, Röm. Civilprozefs Anm. 113.

¹⁵ Über die legis actio sacramenti, 1837.

¹⁶ In der Recension der Schrift von Asverus in Richters und Schneiders Jahrbüchern III S. 665 ff. Vgl. auch Rudorff, Gramatische Institutionen S. 426.

Feind anzugreifen und zu töten, ebenso setze auch „ein Rechtskampf vor der Gottheit, weil das in seinem Wesen göttliche Recht auch im Staat das ganze Dasein des Bürgers bedingt, eine Heiligung der Personen mit Leib und Leben an die durch sie¹⁷ kämpfende und das Recht vollziehende Gottheit“ durch einen ähnlichen Eid voraus. Nur daß dann derjenige, dessen sacramentum demnächst als iniustum erkannt wurde, nicht wie der gefallene Krieger selber als sacer den Göttern verfiel. Sondern es wurde von vornherein „gleichsam eine Art Wergeld“ festgesetzt, durch dessen Zahlung der Unterlegene sich löste, und das dann selber sacramentum genannt wurde. „Das scheint mir eine traumhaft mangelnde Phantasie“, hat Puchta¹⁸ gesagt.

Festeren Boden fühlen wir erst bei Jhering¹⁹. Dieser erinnert an die bedeutende Rolle, die im Mittelalter bekanntlich der promissorische Eid dadurch gespielt hat, daß er das Mittel abgab, ein rechtlich unwirksames Versprechen verbindlich zu machen. Dasselbe vermutet Jhering in dem alten Rom. Wurde das beschworene Versprechen dann nicht erfüllt, so habe man sich statt an den rechtsprechenden Magistrat an die Pontifices gewendet²⁰. Und wenn diese vielleicht auch

¹⁷ Also mit sich selber?

¹⁸ Institutionen I § 161 bei Anm. i.

¹⁹ Geist des römischen Rechts (4. Aufl.) I S. 302 ff. bei Anm. 210 a.

²⁰ Vgl. Dionys II 73: *Ποντίφικες γὰρ δικάζουσιν τὰς ἱερὰς δίκας ἀπ᾽ αὐτὰς ἰδιώταις τε καὶ ἄρχουσι καὶ λειτουργοῖς θεῶν*. Plaut. Rudens V 3, 21: *Tunc meo pontifex periurio es?* Angef. bei Jhering a. a. O. Anm. 213.

nicht, wie die geistlichen Gerichte des Mittelalters, ohne weiteres zuständig sein mochten, den Eidbrüchigen zur Verantwortung zu ziehen, so waren sie es jedenfalls dann, wenn die Parteien sich hierüber geeinigt hatten. Jede Partei habe dann vorher ein Succumbenzgeld einzahlen müssen, das bei ihrem Unterliegen dem Tempel verfiele, entweder als Strafe für den Eidbruch oder als Strafe für die falsche Anschuldigung des Gegners. Ja sogar in einem gewöhnlichen Rechtsstreit, dem gar kein eidliches Versprechen zu Grunde lag, habe man die Entscheidung der Pontifices anrufen können. Ihre Zuständigkeit habe sich jeden Augenblick durch Ableistung eines auf den Rechtsstreit bezüglichen Eides begründen lassen. Oder man habe vielleicht auch den Eid durch eine Fiktion ersetzt, so daß die Einzahlung der sacramenta thatsächlich die Hauptsache war. Je seltener dann der Eid wurde, um so eher, meint Jhering, habe man sich daran gewöhnen können, unter der actio sacramento, die ursprünglich Eidesklage bedeutete, eine Klage mit Succumbenzstrafe, und unter sacramentum selbst das Succumbenzgeld zu verstehen.

Mit dieser Hypothese ins Gericht zu gehen, erscheint überflüssig, da Jhering selbst sie schon in der zweiten Auflage seines Werkes wieder aufgegeben hat²¹. Die ursprüngliche legis actio sacramento, meint er jetzt, sei einfach ein Schiedsverfahren vor dem geistlichen Gericht der Pontifices und das sacramentum eine Entschädigung in Geld, die den Göttern für die Zeit, die

²¹ Sie ist aber auch in den folgenden Auflagen wieder mit abgedruckt worden. Vgl. Jhering a. a. O. S. 300 ff.

der Pontifex ihrem Dienst entzog, zu zahlen war²². Also der Urgedanke der Eidesklage ist ganz wieder fallen gelassen, und nur die besondere Beziehung der ursprünglichen legis actio sacramento zu den Pontifices ist geblieben. Sie ist aber auch ein dauernder Gewinn, den wir uns nicht entgehen lassen wollen²³.

Sehr fein, ganz wie Stintzing, hat Stintzing²⁴ zwischen beiden Bedeutungen von sacramentum, Eid und Wetteinsatz oder Succumbenzgeld, die Brücke zu schlagen gesucht. Das gerichtliche sacramentum ist ihm zwar kein Eid, aber ebenso wie der Eid ein Mittel zur Weihe und daher von den Römern mit demselben Worte wie der Eid genannt. Abweichend von dem Eide nur nach Form und Gegenstand, besteht das gerichtliche sacramentum darin, „dafs nicht der Mensch selbst, sondern ein Teil seines Vermögens durch Übergabe in Priesterhand der Gottheit verpfändet wird“. Und es entspricht auch, meint Stintzing, dem Charakter der ältesten Zeit vollkommen, „dafs man von demjenigen, welcher einen Anspruch über sein Recht und Schutz desselben begehrt,

²² Jhering a. a. O. S. 297 ff.

²³ Jhering hat übrigens seine Ansicht noch einmal geändert. In der „Urgeschichte der Indoeuropäer“, S. 436, verfällt er, man kann nur sagen leider, auf die abgestandene Romantik des Gottesurteils zurück. Die legis actio sacramento soll an die Stelle der Gottesurteile der Urzeit getreten sein, und das „sacramentum war die Abfindungssumme, welche der Gottheit dafür entrichtet werden mußte, dafs sie die Entscheidung des Rechtsstreites durch Menschen duldete.“ Übrigens will ich durchaus nicht bestreiten, dafs die Vorväter der Römer Gottesurteile gekannt haben. Von ihrer gerichtlichen Verwendung scheint mir nur jede Spur ausgelöscht.

²⁴ Über das Verhältnis der legis actio sacramento zu dem Verfahren durch sponsio praeiudicialis S. 10 ff.

zuerst und vor allem verlangte, daß er einen Teil des Seinigen den Göttern weihte, unter deren Schutz das Recht stand, deren Diener es bewahrten. In dem mystischen Begriff der Weihe liegt aber der Gedanke eingeschlossen, daß das geweihte Objekt den Göttern zu Rache und Strafe verpfändet sei. In diesem Sinne weiht der Schwörende sein Haupt, und der Meineidige ist der göttlichen Rache verfallen (*homo sacer*); der Rechtssuchende aber weiht einen Teil seines Vermögens, damit er an diesem gestraft werde, wenn er unrechtlich die göttliche Hilfe in Anspruch nahm.“

Das meiste Aufsehen gemacht und auch viele Anhänger gefunden hat aber die Hypothese von Danz²⁵. Das gerichtliche *sacramentum* ist ihm wieder ein richtiger Eid, wenn auch kein Fahneneid, und mit Nachdruck stützt er sich dafür auf die Stelle des Festus v. *Sacramento*:

Sacramento dicitur, quod [iuris iurandi sacratio]ne interposita actum [est; unde quis sacramen]to dicitur interrogari quia [ius iurandum interponitur]²⁶.

In der ältesten Zeit, meint Danz, sei es vielleicht ein Recht, schwerlich aber schon eine Pflicht des Magistrats oder Pontifex gewesen, über streitige Rechte

²⁵ Der *sacrale* Schutz im römischen Rechtsverkehr, S. 151 ff. Jahrbuch des gemeinen deutschen Rechts, V S. 88 ff. Zeitschrift für Rechtsgeschichte VI S. 339 ff.

²⁶ Die Ergänzungen des lückenhaften Textes werden durch den Auszug des Paulus Diaconus: *Sacramentum dicitur quod iuris iurandi sacratione interposita geritur*, gesichert.

ohne weiteres ein Urteil abzugeben. Erst wenn beide Teile ihre Behauptungen beschworen hatten, wo dann auf einer Seite notwendigerweise ein falscher Eid, ein *impium facinus* vorlag, habe er nicht unthätig bleiben können. Im allgemeinen Interesse sowohl, als auch um nicht selber mit seiner Person *religione adstrictus* zu werden, habe er sich jetzt der Untersuchung nicht mehr entziehen können, wer von beiden Teilen sich des *piaculum commissum* schuldig gemacht und als *impius* entweder die *sacra* zu meiden oder ein *piamentum*, eine Buße, zu leisten habe. Jene beiden Eide waren die *sacramenta* und dieses *piamentum* die von jener wohl zu unterscheidende *summa sacramenti*. Als freilich der alte Götterglaube geschwunden war, fügt Danz hinzu, da sei der Eid überflüssig geworden; und ebenso wie z. B. bei den *Auspicien* das *dictum pro gesto* gegolten habe, so hätten zu Gaius' Zeiten schon die bloßen Worte *sacramento te provoco* genügt.

Aber wird denn durch diesen Erklärungsversuch die *legis actio sacramento* nicht vollends rätselhaft? Wie ist es denkbar, daß ohne mindestens einen falschen Eid, daß ohne ein solch frevelhaftes Spiel mit dem Zorn der Götter das Recht nicht zu haben war? Altrömische Gottesfurcht sollte das zugegeben haben²⁷? Nimmermehr.

Vergebens hat Danz aus dem griechischen, haben

²⁷ Vgl. Eisele, Beiträge zur römischen Rechtsgeschichte, S. 219, der dieses Bedenken für das einzig gewichtige gegenüber der Hypothese von Danz erklärt, es aber zu widerlegen sucht. Was er dagegen vorbringt, kann jedoch nicht überzeugen.

andere aus dem älteren deutschen Rechte Analogieen beizubringen gesucht.

So findet Danz²⁸ ein „völlig gleiches Verfahren“ in der *διωμοσία* des attischen Prozesses. Diese bestand darin, daß zu Beginn des Prozesses beide Parteien, der Kläger auf seine Klage, der Beklagte auf seine Antwort, vereidet wurden. Der Eid des Klägers hieß *προωμοσία*, der des Beklagten *ἀντωμοσία*, beide zusammen *διωμοσία*. Und die Aufforderung zu diesen Eiden, wie das Anbieten dazu, sagt Danz, habe *πρόκλησις τοῦ ὅρκου* geheissen, an die römische *provocatio sacramento* erinnernd. Über die Folge der beiderseitigen Eidesleistung, was eigentlich die Hauptsache wäre, findet Danz allerdings in den Quellen nichts weiter gesagt. Jedenfalls war es aber die, meint er, „daß durch den dann erfolgenden Urteilspruch feststand, einer habe falsch geschworen. War an diese Thatsache dann noch ein weiterer Nachteil rechtlich oder sacral geknüpft, so trat eben dieser ein.“

Soweit Danz. Dabei hat er sich noch etwas anscheinend ganz Schlagendes entgehen lassen. Nach einer von Meier und Schömann angeführten Stelle²⁹ konnte sogar eine Entscheidung vorkommen: *πότερος εὖορκεῖ τῶν κρινομένων*, was doch vollends an das *utrius sacramentum iustum utrius iniustum sit* erinnert. Diese Stelle vor allem hätte Danz für sich anführen sollen; denn — er wirft doch einmal zwei ganz verschiedene

²⁸ Jahrbuch des gemeinen deutschen Rechts V S. 88 ff.

²⁹ Der attische Prozeß, bearbeitet von Lipsius, S. 898 Anm. 376.

Pflüger, Die *Legis actio sacramento*.

Dinge, die nichts miteinander zu thun haben, durcheinander. Die *διωμοσία* ist ein beiderseits zu Beginn des Prozesses zu leistender Gefährdeeid, nichts weiter³⁰. Der Eid dagegen, auf den die *πρόκλησις τοῦ ὄρκου* abzielt, ist ein Beweiseid, zu dem gegriffen wurde, wenn andere Beweismittel fehlten oder nicht ausreichten³¹. Dabei konnte es dann allerdings vorkommen, daß beide Parteien zugleich zum Eide zugelassen wurden, und das Gericht sich vor die Entscheidung gestellt sah: *πότερος εὐορχεῖ τῶν κρινομένων*. Aber es liegt doch auf der Hand, daß eine solche Entscheidung mit der des römischen iudicium über die Sacramenta nicht das mindeste gemein haben kann. Denn wird jene nötig gemacht durch den Mangel an Beweisen, so ergeht diese im Gegenteil auf Grund von solchen. Die Entscheidung *πότερος εὐορχεῖ τῶν κρινομένων* konnte nur eine solche über die grössere Glaubwürdigkeit der einen oder der anderen Partei in sich schliessen, und sie entsprach nicht dem *utrius sacramentum iustum utrius iniustum sit*, sondern eher dem *uter vir melior sit*, von dem bekanntlich Cato gesagt haben soll³², daß es in Ermangelung von Beweisen den Ausschlag geben könne.

Huschke³³, der seine eigene Hypothese später aufgegeben und die von Danz angenommen hat, und

³⁰ Meier u. Schömann a. a. O. S. 826 Anm. 178. Hudtwalcker, Über die öffentlichen und Privatschiedsrichter — Diaeteten — in Athen, S. 76.

³¹ Meier u. Schömann a. a. O. S. 898 f.

³² Gellius 14. 2 § 21.

³³ Die multa und das sacramentum S. 383 Anm. 85.

Karlowa⁸⁴ verweisen auf das ältere deutsche Recht. Aber die Eide, die nach der Lex Ribuaria 33. 1 beide Teile bei Vollziehung des Anfangs zu schwören haben, ebenso die Eide des Decr. Tass. IV 6, auf die Huschke und Karlowa sich berufen, sind ebenso wie die griechische *προωμοσία* und *ἀνωμοσία* nichts anderes als Gefährdeide⁸⁵. Die Übereinstimmung mit diesen geht sogar bis auf die Namen Voreid und Widereid⁸⁶.

Dabei muß jedoch bemerkt werden, daß Karlowa⁸⁷ die Hypothese von Danz, die er auf diese Weise zu stützen sucht, zugleich nicht unwesentlich verbessert hat. Zwar das Spiel mit dem Zorn der Götter durch die beiderseitigen Schwüre schreckt auch ihn nicht. Aber er führt aus, daß der Zorn und die Strafe der beim Schwur angerufenen Götter den falsch Schwörenden nur soweit trafen, als er sich selbst ihnen in der Schwurformel unterworfen habe. Daher die Schwörenden stets so vorsichtig waren, statt ihres eigenen kostbaren Hauptes andere, weniger unersetzliche Güter, ursprünglich vielleicht Rinder und Schafe, später Geld, anzugeben, die dann, falls ihr Schwur falsch war, der Gottheit verfallen sein sollten.

Das ist Stintzing, der eingesehen hat, daß alles, was die Römer *sacramentum* nennen, auch im Deutschen Eid genannt werden kann. Und dazu kommt nun noch

⁸⁴ Der römische Civilprozeß zur Zeit der Legisaktionen, S. 21.

⁸⁵ Vgl. Brunner, Rechtsgeschichte II S. 496 Anm. 2. Planck, Das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter, I S. 833.

⁸⁶ Brunner a. a. O. S. 343.

⁸⁷ a. a. O. S. 19 f.

Sohm³⁸ mit der Analogie eines deutschen „Vieheides“ oder „Geldeides“³⁹.

Auch sonst läßt Sohnm sich in bemerkenswerter Weise über die *legis actio sacramento* aus, und die Form, die er der ursprünglichen „Eidesklage“ giebt, ist vielleicht das Beste, was darüber gesagt worden ist. Die beiden aufeinander prallenden Eide sind ihm nämlich nicht das Mittel, um überhaupt ein Urteil, das sonst gar nicht zu haben wäre, zu ertrotzen, sondern sie dienten nur dazu, den Magistrat zu nötigen, daß er auf die eigene Untersuchung und Entscheidung verzichtete und sie einem *iudicium* übertrug. Wieso man dazu kam, ein solches Gewaltmittel — denn das bleibt es — zu solchem Zweck für nötig zu erachten, erklärt Sohnm leider nicht. Dies nachzuweisen, wird zu den Aufgaben der folgenden Untersuchung gehören.

Der Gegensatz von *ius* und *iudicium*, die Teilung des Richteramtes unter zwei Faktoren, den Magistrat und den oder die Geschworenen: war das wirklich eine „ur-alte Einrichtung“, wie Keller⁴⁰ ohne weiteres annahm? Nicht sowohl das Zeugnis Ciceros, als die innere Wahrscheinlichkeit und die ganze Logik der geschichtlichen Entwicklung sprechen dafür, daß allerdings, wie Cicero⁴¹ sagt, zur Zeit der Könige

nec vero privatus erat disceptator aut arbiter litis,
sed omnia conficiebantur iudiciis regiis;

³⁸ Institutionen § 48 Anm. 2.

³⁹ Vgl. darüber Brunner, Rechtsgeschichte II S. 430 f.

⁴⁰ Civilprozefs § 1 bei Anm. 6.

⁴¹ De re publica 5. 2. 3.

das heisst, dafs der König oder sein Stellvertreter damals ius und iudicium in seiner Hand vereinigte, selbst Beweis erhob und selbst das Urteil sprach⁴².

Demnach soll im folgenden insbesondere der Versuch gemacht werden, nach der überlieferten Gestalt der legis actio sacramento erst den Prozeß der Königszeit im Geiste wieder herzustellen und dann zu zeigen, wie aus ihm die legis actio sacramento sich entwickelt hat.

In den allgemeinsten Zügen hat das schon Bernhöft⁴³ gethan. In dem Vindicienbescheide der legis actio sacramento sieht er nämlich die letzte Spur des ehemaligen Endurteils des Magistrats oder Königs. Und indem er darauf hinweist, dafs das römische Verfahren in iure genau dem attischen Vorverfahren vor dem Beamten, der sogenannten ἀνάκρισις, das Verfahren in iudicio der Verhandlung vor den attischen Volksgerichten entspreche, betont er besonders, dafs diese attische Hauptverhandlung als eine ἐφεσις, das heisst ein Berufungsverfahren gegen das vorgängige Urteil des Beamten aufgefaßt werde, und hält er die selbe Auffassung auch für das römische iudicium für berechtigt. Sobald eine

⁴² Vgl. über diese Frage: Dernburg, Heidelberger kritische Zeitschrift I S. 459. Rudorff, Römische Rechtsgeschichte II § 1 Anm. 7. Walter, Römische Rechtsgeschichte (3. Aufl.) § 692. v. Bethmann-Hollweg, Röm. Civilprozeß I § 22 bei Anm. 1. Schmidt, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte II S. 155. Bernhöft, Staat und Recht der römischen Königszeit S. 119 ff. 228 ff. H. Krüger, Geschichte der Capitis deminutio S. 227.

⁴³ a. a. O. S. 226 ff., Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft I S. 28.

solche Berufung an die Centumvirn in Form des sacramentum allgemeiner geworden war, sei die Bedeutung der Vindicien ähnlich zusammengeschrumpft, wie die des Kriminalverfahrens vor dem Inhaber des Imperium durch den Einfluß der Provokation.

Die folgende Untersuchung wird die Richtigkeit dieser Hypothese bis zu einem gewissen Grade bestätigen. Wenn freilich Bernhöft auch zu dem sacramentum das Gegenstück in den *πρωταρεία*⁴⁴ des attischen Prozesses findet, — es ist das eine Geldsumme von gesetzlich festgesetzter Höhe⁴⁵, die bei gewissen Sachen von beiden Teilen zu Beginn des Prozesses eingezahlt und dem Ob Siegenden vom Gegner zurückerstattet werden mußte — so kann man die Analogie dieser *πρωταρεία* mit dem römischen sacramentum doch nur insofern zugeben, als beide die Bedeutung von Succumbenzstrafen haben. Die dem sacramentum außerdem noch eigentümliche Bedeutung als Wetteinsatz, in dem Sinne, daß das Urteil geradezu auf sie abgestellt wurde, hatten die *πρωταρεία* zweifellos nicht. An eine Entlehnung aus dem attischen Recht ist daher nicht zu denken, sondern die Herkunft des sacramentum ist selbständig auf römischem Boden zu suchen, und das Zeugnis, welches hierüber in dem Worte sacramentum steckt, läßt sich nicht mehr in den Wind schlagen. Höchstens auf die Umwandlung des ursprünglichen wirk-

⁴⁴ Vgl. darüber Meier u. Schömann a. a. O. S. 809 ff.

⁴⁵ Die Höhe war auch ähnlich abgestuft wie beim sacramentum. Für Sachen von 100 bis 1000 Drachmen 3, von 1000 bis 10 000 Drachmen 30 Drachmen. Für wertvollere ist die Summe unbekannt.

lichen Eides in einen bloßen Geldeid und auf die Einbürgerung des neuen Verfahrens mag das attische Vorbild nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Dals die Aufgabe, die wir uns hiermit gesetzt haben, nicht zu lösen ist ohne ein namhaftes Aufgebot von Phantasie, ist allerdings wahr; und auf welche Abwege man dabei geraten kann, dafür fehlt es gerade bei unserem Gegenstande nicht an bedenklich stimmenden Beispielen. Aber ist Rechtsgeschichte, ist Geschichte überhaupt denkbar ohne Phantasie?

Und gegen die Gefahren der Phantasie können wir uns schützen durch ein offenes Auge im Aktsaal der Rechtsvergleichung.

III.

„Vor Gericht bewegen sich die Verhandlungen der Parteien in unmittelbarer gegenseitiger Wechselrede. Kläger und Beklagte wenden sich in ihren Vorträgen nicht etwa zunächst an den Richter, sondern jede Partei spricht ihren Widersacher in direkter Rede an Reden und Gegenreden der Parteien sind gemäß dem Formalismus des Rechtsganges an rechtliche Formen gebunden. Die Erklärungen müssen bestimmte formelhafte Stichworte in sich aufnehmen; sie müssen cum verborum contemplatione abgegeben werden. Alles Vorbringen der Parteien wird nach dem Principe strenger Wortinterpretation behandelt . . . die Partei ist an das gesprochene Wort gebunden.“

Ut qui vel minimum errasset litem perderet, könnten wir mit Gaius' Worten⁴⁶ hinzufügen. Gemeint ist aber nicht etwa die römische legis actio, sondern der älteste deutsche Prozeß ist es, den Brunner^{46a} mit den angeführten Worten charakterisiert. Die allgemeine Familienähnlichkeit zwischen beiden ist also unverkennbar. Übrigens ist auch der Grundzug des mittelalterlichen Pro-

⁴⁶ Gai. 4. 13.

^{46a} Rechtsgeschichte II S. 342 ff.

zesses im wesentlichen kein anderer. Der Formalismus des Rechtsganges ist da vielmehr womöglich noch verschärft⁴⁷.

Wichtiger noch für uns ist aber die Übereinstimmung auch in einzelnen wichtigen Zügen, insbesondere beim Eigentumsprozefs.

Dafs auch der ältere deutsche Eigentumsprozefs mit Vindikation des Klägers und Kontravindikation des Beklagten eröffnet, ist bekannt⁴⁸. Wach⁴⁹ und Brinz⁵⁰ haben dies bereits gegen die bekannten Zweifel Lotmars verwertet. Ja sogar an der begleitenden Form des Anfassens der Sache fehlt es im deutschen Rechte nicht⁵¹.

Doch die Annahme, dafs der Eigentumsprozefs der Königszeit sich bis zu den Worten des Magistrats mit *tite ambo hominem*, diese eingeschlossen, nicht wesentlich anders abzuspielen pflegte, als in historischer Zeit die *legis actio* vor dem Prätor, wird auch ohne den Hinweis auf das deutsche Recht schwerlich einer Einwendung begegnen.

Die Übereinstimmung zwischen der *legis actio* und

⁴⁷ Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 709 (§ 63).

⁴⁸ Sohm, Prozefs der Lex Salica S. 91. 96 ff. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II S. 515. Laband, Die vermögensrechtlichen Klagen nach den sächsischen Rechtsquellen des Mittelalters S. 176. Heusler, Die Gewere S. 227.

⁴⁹ Keller-Wach, Röm. Civilprozefs, Nachtrag zu S. 62. Anm. 204 (S. 471).

⁵⁰ Zur Kontravindikation der *legis actio sacramento*, Münchener Festgabe für v. Stengel S. 146.

⁵¹ Sohm, a. a. O. S. 68, Brunner, a. a. O. S. 498. 513. Vgl. auch das gälische Recht bei Bernhöft, Staat und Recht der römischen Königszeit S. 250.

dem altdeutschen Prozeß geht aber noch einen Schritt weiter.

Bekanntlich streitet man über die Bedeutung der Frage:
POSTULO ANNE DICAS QUA EX CAUSA VINDI-
CAVERIS.

die nach dem Friedensbefehl des Magistrats der Kläger an den Beklagten richten mußte. Jhering⁵², Karlowa⁵³ und andere beziehen sie ganz einfach auf den Erwerbsgrund. Und daß vom sprachlichen Standpunkt aus diese Deutung am nächsten liegt, werden auch die Gegner nicht bestreiten wollen⁵⁴. Daß kaum eine andere übrig bleibt, ergibt sich vielleicht schon daraus, daß Lotmar⁵⁵ und Bechmann⁵⁶ den Worten des Gaius Gewalt anthun müssen, um eine andere Deutung zu geben. Sie streichen ihm die Kontravindikationsworte des Beklagten und benutzen dann unsere Frage, um die so geschaffene Lücke damit auszufüllen. Das eadem similiter dicebat et faciebat soll nur von dem Anlegen der festuca und dem begleitenden Aussprechen der Worte ecce tibi vindictam imposui zu verstehen sein. Infolgedessen habe nur der Kläger sich auf sein Eigentum berufen. Das Eigentum sei aber die causa ex qua vindiziert werde, und der Beklagte solle daher durch jene Frage gedrängt werden, nachträglich ein gleiches zu thun,

⁵² Geist des römischen Rechts II S. 100 f.

⁵³ Der römische Civilprozeß zur Zeit der Legisaktionen S. 74 f.

⁵⁴ Vgl. Bechmann, Studie im Gebiete der Legis actio sacramenti in rem S. 21.

⁵⁵ Zur legis actio sacramento S. 133 ff.

⁵⁶ a. a. O. S. 21 ff.

also zu erklären, daß er auch *ex causa dominii* habe vindizieren wollen.

Daß aber vollends die Erklärung *causa* gleich Erwerbsgrund die einzig richtige ist, wird bestätigt durch die bisher, wenigstens in den Schriften über die *legis actio*, noch nicht bemerkte auffallende Parallele des deutschen Rechts. Genau in dem entsprechenden Stadium des Prozesses nämlich, also nach geschehener Vindikation und Kontravindikation, sehen wir auch den deutschen Kläger nach dem Erwerbsgrund des Beklagten fragen. Das unzweideutigste Zeugnis dafür giebt der Richtsteig *Landrechts*, 26 § 4⁵⁷:

Hier vrage iene wedder, oft he icht tu rechte
scole seegen, wo dat gut in sine were
komen si...

Daß damit in der That der Erwerbsgrund gemeint ist, ergibt sich unwiderleglich aus § 5, wo der Fall, daß der Beklagte sich auf Kauf beruft, genannt wird.

Nun dürfen wir aber folgendes nicht unbeachtet lassen. Wenn der Beklagte die nach dem Richtsteig *Landrechts* an ihn gerichtete Frage nicht beantwortete, so wurde er als sachfällig behandelt. Vor dem römischen Prätor dagegen liefs man ihn auf genau dieselbe Frage mit der Antwort her:

IUS FECI SICUT VINDICTAM IMPOSUI.

Das ist zweifellos alles andere als eine Angabe des Erwerbsgrundes. Ob also nicht doch Bechmann⁵⁸

⁵⁷ Angeführt bei Laband, Vermögensrechtl. Klagen S. 177. Ebenda auch zwei weitere Zeugnisse. Vgl. außerdem Heusler, Gewere S. 227, Institutionen II S. 24.

⁵⁸ a. a. O. S. 21.

recht hat, wenn er die Beziehung der Frage des Klägers auf den Erwerbsgrund deshalb verwirft, weil die Worte des Beklagten als Antwort auf diese Frage wie Spott und Hohn klingen und jedenfalls vollständig nichtsagend und ausweichend wären? Nichtssagend und ausweichend allerdings und folglich einer Verweigerung der Antwort gleich. Aber was verschlägt das gegenüber der Thatsache, daß auch im deutschen Prozeß der Beklagte unter Umständen der Frage nach dem Erwerbsgrunde ausweichen konnte? Was gegenüber der weiteren, zwar von Gaius nicht erwähnten, wohl aber aus Cicero erweislichen Thatsache, daß umgekehrt in der römischen legis actio unter Umständen auch statt des ausweichenden ius feci u. s. w. der Erwerbsgrund wirklich angegeben wurde? Allerdings ist die Weigerung des Beklagten dort und seine Willfähigkeit hier als Ausnahme von der Regel zu denken. Aber die legis actio vor dem Prätor und der altrömische Prozeß sind zweierlei: im altrömischen Prozeß war die Angabe des Rechtsgrundes auch die Regel und die Verweigerung der Antwort die Ausnahme. Doch kann das alles erst im weiteren Verlaufe der Untersuchung genauer aufgedeckt werden.

Hier ist noch eines zweiten Einwandes zu gedenken. Wenn anders nämlich die Kontravindikation des Beklagten Wort für Wort so lautete wie die Vindikation des Klägers, dann hatte er in dem Augenblicke, wo die Frage nach der causa an ihn gerichtet wurde, eben erst die Worte gesprochen:

SECUNDUM SUAM CAUSAM SICUT DIXI.

Eine verbreitete Meinung, die namentlich auch von

Jhering⁵⁹ vertreten wird, nimmt auch hierin causa gleich Erwerbsgrund. Die Partei soll sich durch diesen Zusatz zu ihrer Eigentumsbehauptung auf ihren vor Beginn der förmlichen legis actio in freier Rede vortragenen Erwerbsgrund berufen, was dann, ebenso wie die Bezugnahme der Nunkupationsformel auf die geschriebenen Worte der Testamentsurkunde⁶⁰, der ausdrücklichen Nennung in förmlicher Rede gleich gewesen sei. Wenn das richtig ist, hat man nun gesagt, dann kann der Kläger doch nicht mehr nach dem Erwerbsgrund fragen! Denn mit Jhering⁶¹ stillschweigend anzunehmen, daß allein der Kläger sich dieses Zusatzes bedient habe, geht denn doch, ohne den Worten des Gaius, *adversarius eadem similiter dicebat et faciebat*, Gewalt anzuthun, nicht an.

Die Lösung des Rätsels liegt auch hier darin, daß legis actio sacramento und Prozeß der Königszeit zweierlei sind und mit verschiedenem Maße gemessen werden müssen. Allerdings bedeutet auch in den Worten *secundum suam causam* das Wort *causa* nichts anderes als Erwerbsgrund. Aber in der legis actio sacramento zielte auch die Frage nach der *causa* gar nicht mehr, wenigstens in der Regel nicht, auf eine ernstliche Antwort ab. Im ältesten Prozeß dagegen, wo dies noch der Fall war, kamen die Worte *secundum suam causam* noch nicht vor⁶².

⁵⁹ Geist des römischen Rechts III S. 585, IV S. 88 (4. Aufl.).

⁶⁰ Gai. 2. 104.

⁶¹ Vgl. a. a. O. S. 110.

⁶² Man kann sich dafür auch auf die Formel der *in iure cessio*, bei der sie fehlen, berufen. Vgl. Gai. 2. 24.

Sie sind vielmehr ein ganz später Zusatz zu den erstarrten Formeln der *legis actio sacramento*, der vielleicht erst aufkam, als man im Formularprozeß die Möglichkeit des *agere expressa causa* ausgefunden hatte⁶³. Daß man diese Worte auch dem Beklagten in den Mund legte, hat seinen einfachen Grund darin, daß eine unerwartete Regelung der *Vindicien* zu seinen Ungunsten ihm das *onus petitoris* aufbürden konnte⁶⁴.

Allerdings hat namentlich Lotmar⁶⁵ gegen diese Auffassung der Worte *secundum suam causam* eingewendet, daß *sua causa* auf nichts anderes als *homo* beziehbar, danach aber *sua causa* eine *causa hominis* und nicht *causa dominii* oder *adquirendi dominii* sei, daß es ferner dann, dem allgemeinen Sprachgebrauch gemäß, nicht heißen dürfte *secundum suam causam*, sondern nur *ex sua causa*. Aber die *causa hominis* als *causa dominii* oder *adquirendi dominii* an diesem *homo* verstanden, findet ihr Gegenstück an einem *auctor fundi*, von dem Cicero⁶⁶ einmal redet, und der doch zweifellos als Gewährsmann für das Eigentum an dem Grundstück, gewiß nicht als

⁶³ Dem Zweck der Worte *s. s. c.* entsprechend, haben wir auch die alte Interpunktion, die *sicut dixi* zum vorhergehenden zieht, beibehalten. Der Vorschlag, den Punkt vor *sicut dixi* zu setzen und dies zum folgenden zu ziehen, haben unabhängig von einander zuerst Huschke (*Zeitschrift für Rechtsgeschichte* VII S. 175 ff.) und Bülow (*Prozeßseinreden und Prozeßvoraussetzungen* S. 202) gemacht. Vgl. dagegen auch Lotmar, *Zur Legis actio sacramento* S. 108 ff.

⁶⁴ Über die Bedeutung der *Vindicien* für die Beweisverteilung vgl. meine *Besitzklagen* S. 78 ff.

⁶⁵ a. a. O. S. 107 ff.

⁶⁶ *Pro Caecina* 10. 27.

Urheber des Grundstücks oder dergleichen aufgefaßt werden kann. Und secundum causa statt ex causa, gewiß, das ist ungewöhnlich. Aber sprachwidrig ist es nicht. Und meum esse aio ex iure Quiritium ex sua causa? Die Feder sträubt sich noch heute, eine solche Härte zu Papier zu bringen.

Endlich bleibt noch ein dritter Einwand, die Bedeutung der Frage nach der causa betreffend, zu besprechen. „Gegen die Annahme, daß postulo anno dicas qua ex causa vindicaveris die Forderung der Angabe des Erwerbsgrundes sei, sagt Lotmar⁶⁷, spricht . . . dies Allgemeine, daß die Forderung vom Kläger an den Beklagten und daß sie nur vom Kläger an den Beklagten gerichtet wird. Es ist wider die römische Auffassung des prozessualischen Verhältnisses vom Kläger und Beklagten, daß der Kläger den Beklagten zur Angabe seines Erwerbsgrundes auffordert, und noch mehr wider dieselbe, daß nicht auch umgekehrt die gleiche Aufforderung seitens des Beklagten an den Kläger gerichtet wird⁶⁸.“

Daß vom Standpunkte des klassischen, überhaupt des historischen römischen Rechts dieser Einwand durchaus begründet erscheint, wer wollte das bestreiten? Lotmar hätte sich dafür noch auf die „beinahe gereizte“⁶⁹

⁶⁷ Zur legis actio sacramento S. 134 f.

⁶⁸ Die Konjektur Huschkas, Multa S. 430: statt qui prior vindica[verat, ita alterum interroga]bat postulo cett, zu lesen: q. p. vindica[verat ita adversarium et rursus post is alterum interroga]bat, verwirft Lotmar mit Recht als „eine zu beklagende kritische Verirrung“.

⁶⁹ Vgl. Mitteis, Reichsrecht und Volksrecht in den östlichen Provinzen des römischen Kaiserreichs, S. 500.

Zurückweisung berufen können, die das Verlangen nach dem Erwerbsgrunde des Beklagten durch ein Reskript der Kaiser Arcadius und Honorius erhalten hat. Gemeint ist c. 12, C.Th. 11. 39:

Cogi possessorem ab eo, qui expetit, titulum suae possessionis edicere, quae tanta erit amentia, ut ratione praepostera petitor ab eo, quem pulsat, informari suas postulet actiones, cum omnem probationem exigere oporteat ab eo, qui vindicare nititur non ab eo, qui se iuste tenere contendit? Intentanti namque, non suscipienti, probationum necessitas imponenda est; praeter eum qui edicere cogitur, utrum pro possessore an pro herede possideat.

In verkürzter Fassung, als c. 11, C. 3. 31, findet sich diese Stelle auch im Justinianischen Codex.

Lotmar hätte ferner noch ausdrücklich hervorheben können, daß die Pflicht des Beklagten zur Angabe seines Erwerbsgrundes ohne die weitere Pflicht, den Erwerbsgrund auch zu beweisen, keinen Sinn habe; wie denn auch die Kaiser beide Pflichten als selbstverständlich verbunden in einem Atem nennen⁷⁰. Das sei wohl deutsches, aber nimmermehr römisches Recht, hätte Lotmar sagen können.

Klassisches, überhaupt historisches römisches Recht, wie schon bemerkt, ganz sicherlich nicht. Aber, wie auch schon gesagt, historisches Recht und Recht der Königszeit sind zweierlei. Diese, wie das Insekt im

⁷⁰ Vgl. auch c. 2 C.J. 4. 19.

Bernstein, durch die legis actio sacramento uns erhaltene Frage nach dem Erwerbsgrunde, die in der legis actio regelmäfsig keinen Sinn mehr hat, sie beweist nur, dafs das römische Recht der Königszeit von dem Beklagten die Angabe und folglich auch den Beweis des Erwerbsgrundes verlangte, dafs es also von dem klassischen römischen Recht in einem wesentlichen Punkte von Grund aus abwich und mit anderen indogermanischen Rechten übereinstimmte.

Dafs nach älterem deutschen Recht nicht der Kläger, sondern der Beklagte in erster Linie zu beweisen hatte, folgt aus seiner Pflicht zur Angabe des Erwerbsgrundes und ist allbekannt. Aber auch vom altgriechischen Rechte gilt dasselbe. Auch das altgriechische Recht verlangte in erster Linie nicht vom Kläger, sondern vom Beklagten die Angabe und den Beweis seines Besitztitels⁷¹, und es ist daher eine überaus ansprechende Vermutung von Mitteis⁷², wenn er das Reskript der Kaiser Arcadius und Honorius mit diesem griechischen Rechtssatze in Verbindung bringt. Der Zornesausbruch der Kaiser hätte danach nicht dem müfsigen Einfall eines Thoren, sondern — Mitteis betont noch, „dafs das Reskript an den Statthalter der ganz hellenistischen Provinz Asia gerichtet ist“ — einer Regung des unterdrückten griechischen Rechts gegolten; und er wird dadurch zugleich zu einem Zeugnisse dieses Rechts, das an Bündigkeit nichts zu wünschen übrig läfst.

⁷¹ Leist, Der attische Eigentumsstreit, ein System der Diadikasen, S. 36 ff. Mitteis, Reichsrecht und Volksrecht, S. 501 ff.

⁷² a. a. O. S. 499 ff.

Pflüger, Die Legis actio sacramento.

Was vom altdeutschen und altgriechischen, das gilt nach Bernhöft⁷³ ferner auch vom gälischen und altrussischen Recht. Ja auch im Lande des Lotos und des Sanskrit, auch nach indischem Recht, war es zuerst Sache des Beklagten, seinen Besitztitel anzugeben und zu beweisen.

Ebenso wird es, wie gesagt, auch im ältesten römischen Recht gewesen sein⁷⁴. Und der König sprach dann selbst das Urteil, indem er je nach dem Ausfall des vor ihm geführten Beweises die streitige Sache der einen oder der anderen Partei addizierte.

Bis zu der Frage *postulo ane dicas qua ex causa vindicaveris* stimmt also der älteste Prozeß der Republik ganz mit dem der Königszeit überein. Erst durch die Worte *ius feci sicut vindictam imposui*, dadurch, daß der Beklagte in dieser Weise die Antwort auf die Frage nach dem Erwerbsgrunde verweigert, wird er zur *legis actio sacramento*.

Eingehender können wir jedoch die Frage, wie aus dem Prozeß der Königszeit sich die *legis actio sacramento* entwickelt hat, jetzt noch nicht beantworten. Wir haben den Prozeß der Königszeit bisher nur in seinem einfachsten Verlaufe kennen gelernt, und das Bild bedarf noch der Ergänzung. Erst wenn das geschehen ist, können wir hoffen, eine besondere Prozeßlage zu finden, bei der jene Umwandlung eingesetzt hat.

⁷³ Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft I S. 21. Staat und Recht der römischen Königszeit S. 166 ff., 248 ff. Vgl. auch Jhering, Geist, IV Anm. 129d a. E.

⁷⁴ Vgl. auch Bernhöft, Staat und Recht der Königszeit, S. 167.

IV.

Wenn im altdeutschen Prozeß der Beklagte auf die Frage nach dem Erwerbsgrunde geantwortet hatte, er habe die Sache von einem andern gekauft oder geschenkt erhalten, oder sonst auf derivativem Wege unter Lebenden⁷⁵ erworben, dann konnte er den Beweis dieses Erwerbes nicht in der uns geläufigen Weise dadurch führen, daß er den Auctor oder auch einen dritten, der die Vergebung mit angesehen oder angehört hatte, als Zeugen vorführte. Der Beklagte mußte vielmehr ganz aus dem Prozeß ausscheiden und dessen Weiterführung dem Auctor überlassen, der nun statt des Beklagten als Partei in den Prozeß eintrat⁷⁶. Der Beklagte mußte „sich an seinen Gewähren ziehen“. Die Frage, ob der Beklagte Eigentümer sei, verwandelte sich

⁷⁵ Über den Erwerb durch Erbgang, der eine Sonderstellung, vgl. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II S. 517 f.

⁷⁶ Vgl. Brunner, Rechtsgeschichte II S. 515 ff. Hübner, Der Immobilienprozeß der fränkischen Zeit S. 106 ff. Laband, Vermögensrechtliche Klagen S. 124 ff., 284 ff., und besonders S. 125: „Man kann den Unterschied zwischen dem römischen und deutschen System nicht treffender und kürzer ausdrücken, als es eine alte langobardische Prozeßformel zum Edictum Rotharis 234 thut: *Langobardus semper dat auctorem et nunquam stat loco auctoris; Romanus semper stat loco auctoris et nunquam dat auctorem.*„

dadurch in die Frage, ob der Auctor befugt gewesen war, ihn durch die Veräußerung zum Eigentümer zu machen. Freilich konnte der als Auctor Bezeichnete das Eintreten in den Prozeß verweigern und dadurch den Beklagten beweis- und sachfällig machen, so daß ihm nur noch die Möglichkeit blieb, sich auf Grund des angeblichen Veräußerungsgeschäfts bei dem Auctor schadlos zu halten. Ließ sich dagegen der Auctor auf den Prozeß ein, bekannte er sich also zu der Veräußerung und zur Gewährschaft, so war für die Frage seiner Veräußerungsbefugnis natürlich wiederum der Rechtstitel entscheidend, auf Grund dessen er selber die Sache einst erworben hatte. Diesen hatte also der Auctor zu beweisen. War aber sein Rechtstitel auch ein derivativer unter Lebenden, hatte der Auctor selbst wieder von einem dritten erworben, so mußte dieser dritte an seine Stelle treten, an dessen Stelle dann vielleicht ein vierter u. s. w. Wurde die Veräußerungsbefugnis des Beklagten nicht bewiesen, so konnte der ursprüngliche Beklagte sich natürlich auch in diesem Falle an seinem Auctor schadlos halten.

Wie im altdeutschen, so war es auch im griechischen Recht: nur mit dem Unterschiede, daß der Beklagte hier die Wahl hatte, ob er *ἀνάγειν εἰς πρῶτην*, das heißt wörtlich „an den Verkäufer verweisen“, oder ob er lieber *αὐτομαχεῖν*, das heißt den Prozeß in römischer Weise als Selbstpartei durchfechten wollte⁷⁷. Doch konnte, wie

⁷⁷ Meier u. Schömann, Der attische Prozeß S. 719 f. Doch bleibt unklar, ob M. u. S. den Gegensatz ganz in diesem Sinne auffassen. Leist, Der attische Eigentumsstreit S. 35 ff. versteht das *ἀνάγειν εἰς πρῶτην* als Hülfeleistung durch den

wir von Brunner⁷⁸ lernen, auch nach fränkischem Recht die Erlaubnis, den Streit ohne den Auctor selbst weiter zu führen, durch königliches Privileg erlangt werden, und gestattete das langobardische Recht schon früh, daß der Erwerber eines Grundstücks sich das Recht zur defensio vice auctoris beim Erwerbe des Grundstücks gewähren liefs. Offenbar war daher auch im griechischen Recht das *ἀνάγειν εἰς πρᾶτην* das ursprünglich Einzige, und bedeutet die mehr oder minder freie Zulässigkeit des *αὐτομαχεῖν* im griechischen wie im älteren deutschen Recht nur einen Übergangszustand auf dem Wege zu einem Rechte gleich dem römischen und dem heutigen, das nur das *αὐτομαχεῖν* kennt.

Aber noch zu Ciceros Zeit konnte auch im römischen Recht, bei der legis actio sacramento, ganz derselbe Fall vorkommen wie im griechischen und deutschen. Noch zu Ciceros Zeit konnte der Beklagte sich ebenso wie dort „an seinen Gewähren ziehen“, mit der Wirkung, daß er als Partei aus dem Rechtsstreit ausschied und den Gewährsmann an seine Stelle setzte. Wir haben damit den früher schon in Bezug genommenen Fall vor uns, wo noch in der legis actio sacramento statt des ausweichenden ius feci u. s. w. ausnahmsweise über den Erwerbsgrund Bescheid gegeben werden mußte.

Daß dieser Fall nur ein Vermächtnis der Königszeit sein kann, liegt auf der Hand.

Auktor „ganz ebenso“ wie im klassischen römischen Prozeß, also gerade als die Form der Beteiligung des Auctors, die nur beim *αὐτομαχεῖν* denkbar ist.

⁷⁸ Rechtsgeschichte II S. 516.

Unsere Behauptung ist übrigens keineswegs neu, wenn auch nicht allgemein anerkannt. Zwar daß der Auctor auf Grund der Manzipation zur auctoritas verpflichtet ist, und daß diese Verpflichtung eine prozessualische Bedeutung hat, auf eine besondere prozessualische Thätigkeit gerichtet ist, kann durch Bechmann⁷⁹ als festgestellt gelten. Aber Bechmann selber und viele andere denken dabei an eine bloße Beistandleistung von accessorischem Charakter nach Art unserer Nebenintervention, lassen den Beklagten also Hauptpartei bleiben. Die richtige Ansicht ist zuerst von Rudorff⁸⁰ ausgesprochen und in neuerer Zeit von Lotmar⁸¹ auf Grund eines den Umständen nach ganz ansehnlichen Quellenmaterials ausführlich und überzeugend begründet worden. Und bei Voigt⁸² findet sich auch schon der Hinweis auf das griechische Recht. Auf die dem Deutschen eigentlich noch näher liegende, durch die vollkommene Unzweideutigkeit des überlieferten Rechtssatzes überzeugendste Stütze der immerhin dürftigen römischen Quellenzeugnisse, auf das deutsche Recht, ist noch kein deutscher Romanist verfallen.

Auch das ist schon mehrfach bemerkt worden, daß das Eintreten des Auctors durch eine von Valerius

⁷⁹ Der Kauf nach gemeinem Recht I S. 110 ff. Vgl. Lenel, *Edictum perpetuum*, S. 424 Anm. 4.

⁸⁰ *Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft* XIV S. 432 ff., *Römische Rechtsgeschichte* II S. 131.

⁸¹ Zur *legis actio sacramento* S. 6 ff., *Kritische Studien in Sachen der Contravindication* S. 128 f.

⁸² Die XII Tafeln II S. 194 ff., bei Anm. 20.

Probus vollständig, von Cicero⁸⁸ nur mit den Anfangsworten überlieferte Formel vermittelt wurde:

QUANDO IN IURE TE CONSPICIO POSTULO ANNE
FAR (FUAS, FIAS) AUCTOR?

Es fragt sich nur, wem sie in den Mund zu legen ist. Lenel⁸⁴ hält sie mit Rudorff⁸⁵ für die formelle Litisdenuktion des Beklagten an den Auctor, Karlowa⁸⁶ dagegen mit Huschke⁸⁷ für die Aufforderung des Vindikanten an den Auctor, sich zur Auctorschaft zu bekennen. Dies ist zweifellos das einzig Richtige. Denn nur mit dieser Annahme stimmt es, daß unsere Formel, wie Karlowa treffend hervorhebt, von Cicero⁸⁸ ausdrücklich als eine Klage gegen den Auctor, als *actio in auctorem praesentem*⁸⁹ bezeichnet wird. Mit ihr will der Kläger den ursprünglichen Beklagten fahren lassen, um seine Klage gegen den Auctor zu richten.

⁸⁸ Pro Caecina 19. 54, pro Murena 12. 26.

⁸⁴ Edictum perpetuum S. 427 Anm. 2.

⁸⁵ Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft XIV S. 432 Anm. 196. Vgl. auch Bechmann, Kauf, I S. 112.

⁸⁶ Beiträge zur Geschichte des römischen Civilprozesses S. 18f.

⁸⁷ Das Recht des Nexum S. 184.

⁸⁸ Pro Caecina 19. 54.

⁸⁹ Die Bezeichnung *actio in auctorem praesentem* (vgl. darüber Lenel, Edictum S. 427 Anm. 2) erklärt sich wohl am einfachsten daraus, daß zu Ciceros Zeit das Ziehen an den Auctor nur noch zugelassen wurde, wenn der Auctor in iure gegenwärtig war und nicht erst geholt zu werden brauchte. Daher auch die Fassung: *quando te in iure conspicio* u. s. w. D. h.: da du gerade da bist, will ich mich mit dir einlassen. War der Auctor nicht zur Stelle, so mußte der Beklagte *ἀντομαχεῖν*, konnte sich aber natürlich die Unterstützung des Auctors in iudicio sichern. Der Zweck der Einschränkung liegt auf der Hand.

Zugleich ist, was Karlowa übersieht, aber Voigt⁹⁰ hervorhebt, diese *actio in auctorem praesentem* auch noch ein weiterer Beweis für die nicht bloß accessorische Beteiligung des Auctors am Rechtsstreit.

Der weitere Verlauf dieser *actio in auctorem praesentem* ist uns nicht überliefert, läßt sich aber leicht vermuten. Nachdem der Auctor sich zur Gewährung bekannt hat⁹¹, wiederholt der Kläger seine Vindikation, ebenso wie auch nach deutschem Recht die Klage ganz von neuem erhoben werden mußte⁹². Darauf — obwohl dies bisher bei allen Schriftstellern, auch denen, die den Auctor als Partei in den Prozeß eintreten lassen, der Stein des Anstoßes gewesen ist — Kontravindikation des Beklagten. Der Auctor könne nicht kontravindizieren, da er weder Eigentümer sei, noch Stellvertreter sein könne: so sagen die einen, um jede andere als eine bloß accessorische Beteiligung des Auctors von der Hand zu weisen. Ebenso sagen aber auch die Vertreter der richtigen Ansicht: Lotmar, um es umgekehrt als Argument gegen die Notwendigkeit der Kontravindikation überhaupt zu verwerten.

Auch in dieser Frage wird uns der Blick auf den älteren deutschen Prozeß eines Besseren belehren. Die prozessualische Stellvertretung ist da gerade so unzulässig wie bei der *legis actio* und vollends im alten römischen Prozeß. Aber weit entfernt, das Eintreten des

⁹⁰ a. a. O. S. 200 Anm. 20.

⁹¹ Das Gegenteil heißt *auctoritatem defugere*. Vgl. Bechmann, Kauf, S. 112 Anm. 3.

⁹² Laband a. a. O. S. 126.

Gewähren an Stelle des ursprünglichen Beklagten zu verhindern, ist das — ich bitte, sich auf eine Überraschung gefaßt zu machen — vielmehr der Grund, weshalb der Auctor an Stelle des ursprünglichen Beklagten eintreten muß, weshalb der ursprüngliche Beklagte den Prozeß gar nicht weiter führen kann! Denn dieses letzte könnte er nur als prozessualischer Stellvertreter des Auctors; wie denn die, wie bereits bemerkt, durch königliches Privileg ausnahmsweise zu erlangende Zulassung des ursprünglichen Beklagten, statt des Auctors, als ausnahmsweise erteilte Erlaubnis zu prozessualischer Stellvertretung, und ebenso die Einwilligung des Verkäufers zur *defensio vice auctoris* in der Form einer Ernennung zum Prozeßbevollmächtigten sich vollzieht⁹³.

Den tieferen Grund dieser auffallenden Erscheinung findet Brunner, was die Liegenschaftsklage betrifft, in dem ursprünglich strafrechtlichen Charakter dieser Klage. Da diese den Vorwurf des Deliktes erhob, habe nur der Auctor, als der mögliche Urheber des Deliktes, sich dagegen verteidigen können. Hübner⁹⁴ dagegen erklärt sie aus dem ursprünglichen Mangel eines rechtsgültigen Übereignungsgeschäfts für Liegenschaften. Ein solches sei zunächst nur thatsächlich aufgekommen und habe daher auch anfangs nur thatsächliche Bedeutung gehabt. Der Veräußerer blieb Eigentümer und war folglich Eigentumsansprüchen dritten gegenüber, weil

⁹³ Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II S. 516.

⁹⁴ Der Immobilienprozeß der fränkischen Zeit S. 106 ff.

nur er kontravindizieren konnte, allein der richtige Beklagte. Weigerte er sich, diese Rolle zu übernehmen, so war der Erwerber schutzlos. So war es denn ein erster Schritt zur rechtlichen Anerkennung des Übereignungsgeschäfts, wenn man dem Veräußerer die Verpflichtung auflegte, die Verteidigung des Erwerbers dritten gegenüber zu übernehmen.

Auch wenn man sich kein Urteil anmassen will, kann man doch an dieser zweiten Erklärung, so ansprechend sie ist, das aussetzen, daß sie ausschließlich auf den Immobiliärprozeß gemünzt ist, während doch beim Prozeß um Fahrnis, wo es an einem Übereignungsgeschäfte wohl nie gefehlt hat⁹⁵, genau dieselbe Erscheinung vorliegt. Die Brunnersche Erklärung dagegen verfängt auch da, und ihrer Übertragung auf das römische Recht steht kein Hindernis entgegen. Denn alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die älteste römische Vindikation neben all den anderen gemeinschaftlichen Zügen auch den ursprünglich strafrechtlichen Charakter, als Suche nach dem Landräuber oder Dieb, mit anderen indogermanischen Rechten, nicht bloß dem deutschen, gemein gehabt hat⁹⁶.

Aber die ursprüngliche Unverbindlichkeit des Übereignungsgeschäfts läßt sich vielleicht in anderer Weise verwerten, um nämlich beim Prozeß um Grundstücke die von Lotmar u. a. in Zweifel gezogene Legitimation

⁹⁵ Vgl. auch Hübner S. 107.

⁹⁶ Vgl. Bernhöft, Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft I S. 21. Staat und Recht der römischen Königszeit S. 166 ff.

des Auctors zur Kontravindikation, zur Behauptung die Sache sei sein, zu erklären.

Jedenfalls für den deutschen Prozeß. Handelte es sich hier um Fahrnis, so erhielt der Auctor seine Legitimation allerdings schon dadurch, daß die streitige Sache ihm zurückgegeben wurde, was ursprünglich gewiß als Rückgabe zum Eigentum gemeint war. Grundstücke dagegen mußten zwar gleichfalls zurückgegeben werden; aber da, wie sich aus Ssp. III 83 § 3 ergibt, keine Auflassung dazu gehörte, so wäre der Auctor dadurch doch zur Verteidigung der Sache noch nicht befugt geworden, es sei denn, daß man annehmen will, die Auflassung sei in älterer Zeit allerdings notwendig gewesen und erst später als bloße, nicht mehr verstandene Form weggelassen worden. Man kann aber auch, wie gesagt, auf die ursprüngliche Unverbindlichkeit des Übereignungsgeschäfts zurückgreifen. Die Auflassung an den Auctor war dann nicht nötig, weil er eigentlich noch immer Eigentümer war.

Auch im römischen Recht ist die Übereignung von Grundstücken zweifellos nicht von Anfang an anerkannt gewesen. Unsere Erklärung der Legitimation des Auctors paßt also auch da. Bei beweglichen Sachen dagegen konnte deren bloße Rückgabe eigentlich nur solange allgemein genügen, als man die Manzipation beweglicher Sachen noch nicht kannte. Doch war man sich dessen bei Einführung der Manzipation schwerlich mehr bewußt und verlangte deshalb gewiß nicht, daß dem Auctor die Sache remanzipiert werde. Dies schien um so weniger nötig, als man ohnehin der Legitimation des Auctors eine neue Unterlage geben konnte, die noch dazu den Vorzug

hatte, bei allen Sachen, beweglichen und unbeweglichen, *mancipi* und *nec Mancipi*, gleich verwendbar zu sein. Die Legitimation des Auctors zur Kontravindikation fand sich jetzt, kann man sagen, in der Kontravindikation selber. Denn wenn der Auctor die streitige Sache anfaßte und, sie mit dem Stabe berührend, die Worte sprach:

HUNC EGO HOMINEM EX IURE QUIRITII MEUM
ESSE AIO,

und der, dem er sie übereignet hatte, stand dabei und sagte nichts dazu — im Gegensatz zum Kläger, der ebenfalls vindiziert hatte —, so gehört doch nicht viel guter Wille dazu, um zu sagen: das ist ja *cessio in iure*! Der Auctor wird Eigentümer, natürlich nur dem bisherigen Beklagten gegenüber, durch seine Kontravindikation.

Doch verfolgen wir das Verfahren weiter bis zu Ende. Auf die Kontravindikation des Auctors folgte natürlich wieder ein Friedensbefehl des Magistrats und darauf die Frage des Vindikanten nach dem Rechtsgrunde des Auctors: alles das genau so wie dem ursprünglichen Beklagten gegenüber. Wegen dessen, was dann folgte, muß aber zwischen der entwickelten *legis actio sacramento* und dem ursprünglichen altrömischen Prozeß unterschieden werden. Bei der *legis actio sacramento* antwortete der Auctor in der Regel ausweichend mit *ius feci sicut vindictam imposui*, und darauf beiderseits Einsetzung der *sacramenta*⁹⁷. Nur wenn er seinerseits einen Auctor zur

⁹⁷ Vgl. Cicero pro Murena 2. 3, Lucull. 19. 79.

Hand hatte, nannte er seine causa und es begann dann das Spiel mit dem zweiten Auctor von neuem u. s. w. Im Prozeß der Königszeit dagegen mußte der Auctor umgekehrt in der Regel seinen Erwerbsgrund nennen und beweisen. Das weitere versteht sich von selbst.

Die Prozeßlage, an die die Umwandlung der legis actio sacramento angeknüpft hat, haben wir noch nicht gefunden. Gleich werden wir aber so weit sein.

V.

Die Frage *postulo an ne dicas qua ex causa vindicaveris* stellt den Beklagten gewissermaßen an einen Scheideweg. Antwortet er *ius feci sicut vindictam imposui*, so beschreitet er damit den Weg der *legis actio sacramento*. Gibt er dagegen Bescheid über seinen Rechtsgrund und zieht er sich an seinen Auctor, so betritt er den alten Weg des Königsgerichts. Zwar wird der Auctor diesen wenige Schritte weiter wieder verlassen, um sich auf die Frage nach seinem Rechtsgrunde mit einem *ius feci u. s. w.* zur *legis actio sacramento* seitwärts durchzuschlagen. Aber man sieht doch, wie der alte Weg in gerader Richtung weiter führte, einer verfallenen Römerstrasse in heutiger Feldflur vergleichbar.

Aber auch da, wo jetzt der Weg der *legis actio sacramento* abgeht, zweigte einst ein Seitenweg des Königsprozesses ab. Seit Eröffnung der neuen Strasse ist auch er verfallen. Aber wenn wir ihn aufdecken, werden wir die Prozeßlage finden, die wir suchen.

Wie wir bereits festgestellt haben, kommen die Worte *ius feci sicut vindictam imposui*, als Antwort auf die Frage nach dem Rechtsgrund des Beklagten, einer Verweigerung der Antwort gleich. Zugleich haben wir

aber darauf hingewiesen, daß auch im altdeutschen Prozeß der Beklagte unter Umständen berechtigt war, die Auskunft über seinen Rechtsgrund zu verweigern, und haben wir uns den Nachweis vorbehalten, daß, was bei der *legis actio sacramento* die Regel war, im Prozeß der Königszeit nur als Ausnahme aus besonderen Gründen vorkam.

Nach altfränkischem Recht konnte der Beklagte sich der Antwort dann erwehren, wenn er dreißig Jahre unangefochtenen Besitzes beweisen konnte. Nach Langobardenrechte galt dasselbe; nur mußte der Beklagte sein Eigentum dann noch mit seinem Eide beschwören⁹⁸. Im Mittelalter genügte bei Grundstücken sogar schon die kurze Frist von Jahr und Tag, die sogenannte rechte Gewere⁹⁹. Aber auch hier derselbe Unterschied. Nach salfränkischem Recht weigert der Beklagte die Antwort schlechtweg, nach sächsischem Recht muß er sein Recht an der Sache noch mit seinem alleinigen Eide beschwören¹⁰⁰.

Die Bedeutung dieser Vergünstigung besteht für den Beklagten darin, daß er zum Beweise seines Rechtstitels keines Zeugen und keines Gewähren bedarf, vielmehr gewissermaßen sein eigener Gewährsmann ist¹⁰¹. Für den Gewähren andererseits war die selbstverständliche

⁹⁸ Heusler, Gewere S. 80 ff. Brunner, Rechtsgeschichte II S. 347. 517.

⁹⁹ Heusler, Gewere S. 237 ff. Institutionen S. 103 ff.

¹⁰⁰ Den Grund dieser Verschiedenheit bei der rechten Gewere siehe bei Heusler, a. a. O. S. 107 f.

¹⁰¹ Heusler, Inst. II S. 137. Gewere S. 249. Laband, a. a. O. S. 330.

Folge die, daß er von seiner Verpflichtung zur Gewährung befreit war.

Es ist schon von vornherein wahrscheinlich, daß auch der altrömische Prozeß der Zeit eine ähnliche Bedeutung beimaß. Unmöglich konnten sie den Besitzer in alle Ewigkeit einer Bestreitung seines Besitztitels aussetzen wollen.

USUS AUCTORITAS FUNDI BIENNIUM CETERARUM
RERUM ANNUS.

Dieser von Cicero¹⁰² uns überlieferte Satz der XII Tafeln bestätigt es mit lapidaren Worten.

In der römischen Überlieferung¹⁰³ gilt dieser Satz bekanntlich als die gesetzliche Grundlage der Usucapion; und das ist er auch zweifellos. Aber seinem Wortlaut nach, der von Usucapion nicht redet, kann er es nicht unmittelbar sein; vielmehr ist, wie sich alsbald zeigen wird, die Usucapion das künstliche Erzeugnis der Interpretation und als solches die Folge des Aufkommens der legis actio sacramento. Die Worte der XII Tafeln dagegen beziehen sich unmittelbar ausschließlich auf den altrömischen Prozeß.

Zum Glück finden wir den Weg für diese Behauptung schon einigermaßen geebnet: „Die wahrscheinlichste Deutung dieser Worte, sagt Pernice¹⁰⁴, ist und bleibt die: usus und auctoritas, Besitz und Gewährung, sollen zwei Jahre dauern; gleichzeitig mit dem Besitze hört die

¹⁰² Top. 4. 23. Pro Caecina 10. 54. Über die Fassung vgl. Pernice, Labeo II (2. Aufl.) S. 328 Anm. 2.

¹⁰³ Vgl. auch Gai. 242. 54.

¹⁰⁴ Labeo II (2. Aufl.) S. 328.

Gewährspflicht des Vormannes auf; sie ist nicht mehr erforderlich, weil der Erwerber sich auf die Zeit seiner Inhabung als auf ein Recht berufen kann: „tempus ei pro auctore est.“ Also genau wie im deutschen Recht eine Beschränkung der Gewährungspflicht auf die Zeit desjenigen Besitzes, nach dessen Vollendung der Erwerber den Gewährn nicht mehr braucht! Der Auctor dieser wahrscheinlichsten aller Deutungen ist aber Theodor Mommsen¹⁰⁵; und seine Auctorität, verbunden mit der schlagenden Bestätigung durch das deutsche Recht, mögen uns der Aufgabe entheben, die bis in die neueste Zeit reichenden Deutungen, die ohne rechtsvergleichende Aktstudien doch nur ins Blaue phantasieren, hier zu besprechen.

Allerdings denken weder Mommsen, noch Pernice dabei an einen altrömischen Prozeß, in dem die Berufung auf Usucapion noch kein Verständnis fand. Der zweijährige usus ist ihnen die Besitzzeit der Usucapion, welche letztere sie sich als durch den XII Tafelsatz zwar nicht eingeführt, aber geregelt denken. Uns dagegen hat der Usus mit der Usucapion noch nichts zu thun, findet vielmehr der usus sein Gegenstück im deutschen Recht ebenso wie die Auctoritas. Uns ist der usus die technische Bezeichnung für denjenigen Besitz, der ebenso wie die sogenannte rechte Gewere des deutschen Rechts den Beklagten berechtigte, sich der Antwort auf die Frage nach seinem Rechtsgrunde zu wehren, zugleich aber, wie ins-

¹⁰⁵ Diss. ad legem de scribis et viatoribus et de auctoritate. Kiel 1843. Übereinstimmend auch Danz, Die auctoritas und die annalis exceptio Italici contractus, bes. 18 ff.

Pflüger, Die Legis actio sacramento.

besondere nach langobardischem und sächsischem Recht, ihn verpflichtete, sein Eigentum mit seinem Eide zu beschwören. Welches Recht er dann aber nicht mit den inhaltlosen Worten geltend machte: *ius feci sicut vindictam imposui*, die vielmehr erst spätes Flickwerk sind, sondern mit Worten, in denen er sich ausdrücklich auf den *usus* und seine Dauer berief¹⁰⁶.

Der *usus* ist mit einem Worte die rechte Gewere des alten römischen Rechts.

Und der Eid, den der Beklagte auf Grund des *usus* und auf Aufforderung des Klägers über sein Recht ablegte, war natürlich ein *sacramentum*, und — aus diesem einen *sacramentum* sind die beiden *sacramenta der legis actio sacramento* entstanden.

Die Prozeßlage, die wir suchten, ist da.

¹⁰⁶ Vgl. die Formel zu Grimoald bei Brunner, Rechtsgeschichte II S. 347 Anm. 31: *non tibi respondeo, quia possessi per XXX annos.*

VI.

Wie ist nun die Umwandlung des ältesten römischen Prozesses in die *legis actio sacramento* vor sich gegangen? Dieses haben wir jetzt nachzuweisen.

Zuvor ist jedoch festzustellen, ob in der That bei der *legis actio sacramento* die *sacramenta* in folgender Reihenfolge eingesetzt wurden: erst der Beklagte, dann der Kläger, nicht etwa umgekehrt. Denn nur unter dieser Voraussetzung durften wir die Behauptung wagen, daß der Prozeß der Königszeit, falls der Beklagte sich auf *usus* berief, mit dem alleinigen Eide des Beklagten endete. Nur die *addictio* mußte natürlich noch nachfolgen. Das *sacramentum* des Klägers, und was darauf folgt, wäre dann ein späterer Zusatz.

In der That kann nun aber die Bejahung der aufgeworfenen Frage heute nicht mehr zweifelhaft sein. In früheren Jahren hat man darüber allerdings einen lebhaften Streit geführt, der an das *sacramento te provoco* des Klägers anknüpfte. Keller¹⁰⁷, und die ihm folgten, nahmen *sacramento* für den Dativ, so daß der Kläger den Beklagten auf *sacramentum* oder zum *sacramentum*

¹⁰⁷ Römischer Civilprozeß, § 13 Anm. 196.

aufforderte, ihn also zuerst einsetzen liefs. Stintzing¹⁰⁸, Danz¹⁰⁹ und andere dagegen waren für den Ablativ und liefsen den Kläger vielmehr durch das von ihm zuerst einzusetzende sacramentum den Beklagten zu dem gleichen Einsatz herausfordern. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Wie Huschke¹¹⁰ überzeugend gezeigt hat, hat Keller zwar grammatisch unrecht, aber sachlich recht, Stintzing dagegen grammatisch recht, aber sachlich unrecht. Sacramento ist allerdings Ablativ. Aber ebenso wie sponsione provocare bei Gai. 4. 93 nicht heifst: „dadurch, dafs man sich in der Wette zuerst verpflichtet, den andern zu gleicher Verpflichtung unter umgekehrter Bedingung herausfordern (denn bekanntlich wird sponsione zuerst der Aufgeförderte verpflichtet, der dann auch restipulatione den Auffordernden wieder verpflichtet), sondern durch Vorsagung der Sponsionsworte (. . . . spondesne?) einen andern zur Verpflichtung mit sponsio auffordern¹¹¹“; ebenso bedeutet auch sacramento provocare nicht durch Leisten des Eides, sondern durch Vorsagen der Eidesformel zum Eide herausfordern.

Es steht also fest, dafs das sacramentum des Beklagten das erste war. Nun fragt es sich: wo kommt das zweite sacramentum her?

Nach altem deutschen Recht konnte der Kläger, wenn er einen Meineid kommen sah, den Eid des

¹⁰⁸ Über das Verhältnis der legis actio sacramento zu dem Verfahren durch sponsio praeiudicialis S. 7.

¹⁰⁹ Der sacrale Schutz im römischen Privatrecht, S. 165 ff.

¹¹⁰ Die multa und das sacramentum S. 362 Anm. 21.

¹¹¹ Huschke, a. a. O.

Beklagten schelten¹¹². Er mußte es nur thun, ehe der Beklagte geschworen hatte, und die Entscheidung erfolgte dann durch Gottesurteil.

Sollte nicht auch das älteste römische Recht eine Eidesschelte gekannt haben?

Allerdings ohne nachfolgendes Gottesurteil durch gerichtlichen Zweikampf und dergleichen. Dieses barbarische Mittel ist schon in der Königszeit überwunden worden. Aus der *legis actio sacramento* läßt sich vielmehr folgendes erschließen.

Die Eidesschelte mußte, ebenso wie im deutschen Recht, erfolgen ehe der Eid geleistet, geschweige das Urteil des Königs, die *addictio*, ergangen war. Sie mußte sofort erfolgen, nachdem der Beklagte die Aufforderung zum Eide angenommen hatte. Zugleich mußte aber der Scheltende, da er doch den Gegner der Gefahr aussetzte, als Meineidiger für *sacer* erklärt zu werden, selber dieselbe Gefahr auf sich nehmen, mußte er dem gescholtenen *sacramentum* sein eigenes *sacramentum* entgegen zu setzen bereit sein. Daher jetzt die Aufforderung des Beklagten an ihn, auch seinerseits zu schwören, daß die Sache sein sei. Nahm er diesen Eid an, und blieb auch der Beklagte fest, dann beiderseits Leistung der Eide und zum Schluß statt des königlichen Endurteils, der *addictio rei*, die vorläufige Ausfolgung der streitigen Sache an eine der Parteien gegen Bürgschaft, das *vindicias dicere*. Die Untersuchung und Entscheidung, wer falsch geschworen habe und folglich *sacer* sei, *utrius sacramentum iustum*

¹¹² Brunner, a. a. O. II S. 373 f. 434 f.

utrius iniustum sit, war dann — wir brauchen es nicht weiter zu begründen — natürlich Sache der Hüter des ius sacrum, der Pontifices.

Wie aus alle dem die legis actio sacramento geworden ist, ist jetzt leicht zu sagen. Die legis actio sacramento ist das caput mortuum des altrömischen Prozesses mit nachfolgender Eidesselte.

Gründe, die zu dieser Umwandlung führten, finden sich auf seiten des Magistrats ebenso wie auf seiten der Rechtsuchenden. Auf Seite des Magistrats, damals noch der Konsul, das Bedürfnis nach Verminderung seiner angeschwollenen Geschäftslast. Welche Erleichterung für ihn, wenn er, ohne die oberste Leitung der Rechtspflege überhaupt, wie jedes einzelnen Prozesses aus der Hand zu geben, Beweisaufnahme und Urteilsfindung auf andere Schultern abladen konnte! Auf seiten der Rechtsuchenden derschon von Jhering¹¹⁸ hervorgehobene „Ruf der Rechtskenntnis, in dem die Pontifices standen, der Vorzug der Ständigkeit der Behörde, einer konstanten Praxis und Tradition, den dieses Gericht vor dem weltlichen Richter voraus hatte.“

Die Umwandlung selbst vollzog sich wie folgt. Um zu entscheiden utrius sacramentum iustum utrius iniustum sit, mußten die Pontifices, allgemein ausgedrückt, untersuchen, wer von beiden Eigentümer sei; und ihre Zuständigkeit, diese Civilrechtsfrage zu untersuchen, war auf den Fall der Eidesselte beschränkt. Sollte ihnen dieselbe Frage auch ohne Eidesselte zur Untersuchung und

¹¹⁸ Geist des römischen Rechts I S. 305.

Entscheidung übertragen werden, so mußten, um ihre Zuständigkeit zu begründen, der Prozeß vor dem Magistrat und die Eidesschelte wenigstens zum Schein vorgenommen werden. Statt der wirklichen Eide wurden daher bloße „Vieheide“ oder „Geldeide“ geleistet, was zugleich den Vorteil hatte, daß die statt des eigenen Hauptes eingesetzten Viehhäupter oder Gelder den Göttern für die Zeit, die die Pontifices ihrem Dienst entzogen, zur Entschädigung gereichten. Die ausdrückliche Berufung auf den *usus* als Antwort auf die Frage nach der *causa* mußte aber ebenfalls vermieden werden. Denn sonst hätte der Magistrat den Beweis des *usus* aufzunehmen gehabt, und die ganze Komödie war dann auf den Fall beschränkt, wo der Beklagte sich wirklich auf *usus* berufen konnte. So entstand die inhaltlose Formel *ius feci sicut vindictum imposui*¹¹⁴, eine verblühte Verweigerung der Antwort und zugleich geeignet, der darauf folgenden Aufforderung zum *sacramentum*:

QUANDO TU INIURIA VINDICAVISTI . . . SACRAMENTO TE PROVOCO,

als Stichwort zu dienen. Daß man nicht auch die Frage nach dem Erwerbsgrund wegließ und die Aufforderung zum Eide unmittelbar an die Kontravindikation anknüpfte, erklärt sich einfach daraus, daß man dem Beklagten die Möglichkeit, sich an seinen Auctor zu ziehen und diesem das *periculum iudicii* durch Einsetzung des *sacramentum* zu überlassen, offen halten wollte. Nicht minder ver-

¹¹⁴ Über den Sinn der Worte vgl. Lotmar, Zur legis actio *sacramento* S. 141 ff.

ständig ist es, daß in dem überlieferten Formular der *legis actio sacramento* von Eideschelte keine Rede mehr ist, daß an sie nichts weiter mehr erinnert als die gegenseitige Aufforderung zum *sacramentum*. Seit die Leistung des Eides nur noch zum Schein erfolgte, war die Eideschelte nur mehr die welke Hülle, unter der sich der neue Gedanke einer Wette verbarg; und nur dem natürlichen Lauf der Dinge entspricht es, wenn diese Hülle schließlich abfiel und die Prozeßwette übrig blieb.

Auch hat diese ganze Umwandlung sich nicht von heute auf morgen vollzogen, sondern sie war das stille Werk eines längeren Zeitraumes. Anfangs verstand der Magistrat sich vielleicht nur bei einer besonders langwierig aussehenden Sache und nur mit Einwilligung beider Parteien dazu, die *Pontifices* zu beauftragen. Später wurde vielleicht auf Wunsch der einen die andere Partei zur Einwilligung genötigt; und erst ganz spät wurde das alte Verfahren ausnahmslos versagt. Wie lange aber der Kampf gedauert hat, wer vermöchte das zu sagen? Nur vermuten läßt sich, daß die Gesetzgebung der XII Tafeln in die Zeit des Überganges hineinfiel, und daß sie die Entwicklung zwar nicht beendet, aber beschleunigt hat. Denn neben den auf den alten Prozeß gemünzten Bestimmungen über *usus* und *auctoritas* finden wir bekanntlich solche über die Höhe der *sacramenta*¹¹⁵ und die Regelung der *Vindizien*¹¹⁶. Und denkbar ist es, daß

¹¹⁵ Gai. 4. 14.

¹¹⁶ Livius 3, 44, 11. 12. Sonst läßt sich aus dem Bericht des Livius über den Prozeß der Verginia für unsere Frage nichts entnehmen, da die Überlieferung überhaupt widerspruchsvoll ist.

der Eifer und Erfolg, womit die Pontifices sich sofort an die Interpretation der XII Tafeln begaben, durch das thatsächliche Monopol der Rechtskunde, das er ihnen einbrachte, dem altrömischen Prozeß schon bald nach den XII Tafeln den Garaus gemacht hat.

Während Livius die Entscheidung des Appius als bloßen Vindizienbescheid auffaßt, hält Dionys 11. 36 ihn für das Endurteil.

VII.

Die Umwandlung des altrömischen Prozesses in die *legis actio sacramento* war nicht bloß von formaler Bedeutung, sie vollzog sich nicht ausschließlich auf dem Boden des Prozesses, sondern auch auf das materielle Recht hat sie eine tiefe einschneidende Wirkung ausgeübt. Nicht etwa bloß dadurch, daß sie die Pflege und Fortbildung des Rechtes den Pontifices in die Hände spielte. Sie hat dem materiellen Recht auch unmittelbar ihren Stempel aufgedrückt.

Der *legis actio sacramento* verdankt das römische Recht die ihm eigentümliche Gestaltung der *Vindikation*; und der *legis actio sacramento* verdankt es ebenso die Ausbildung der *Usucapion*.

Im altrömischen Prozeß, haben wir gesehen, war es ebenso wie in anderen indogermanischen Rechten in erster Linie Sache des Beklagten, seinen Erwerbsgrund anzugeben und zu beweisen. Durch die *legis actio sacramento* mußte dies Verhältnis notwendigerweise umgekehrt und damit, wie gesagt, diejenige Gestalt der sogenannten *Eigentumsklage* geschaffen werden, die wir, da sie dem klassischen römischen Recht angehört, so gerne als die gewissermaßen vom Himmel gefallene, einzig mögliche zu

betrachten geneigt sind¹¹⁷. Denn schon im altrömischen Prozeß, wenn der Kläger den wirklichen Eid des Beklagten unter Einsetzung seines eigenen Eides wirklich gescholten hatte und die Pontifices vor der Frage standen, *utrius sacramentum iustum utrius iniustum sit*, konnten sie als verständig und billig denkende Männer in der That gar nicht anders, als den Kläger zuerst zur Verantwortung zu ziehen. Denn konnte dieser nichts anführen, was seine Behauptung, Eigentümer zu sein, als wenigstens *prima facie* begründet erscheinen liefs, so war sein *sacramentum* offenbar *iniustum*, und er hatte gar kein Recht, das *sacramentum* des Gegners in Zweifel zu ziehen¹¹⁸. Dieses konnte dann, da wo kein Kläger mehr ist, auch kein Richter mehr sich finden, unangetastet bleiben, brauchte daher auch nicht einmal für *iustum* er-

¹¹⁷ Vgl. Bernhöft, Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, I S. 26 f.

¹¹⁸ Der Fall, über dessen Möglichkeit man streitet, daß auch beide *sacramenta* für *iniusta* erklärt werden, konnte gar nicht vorkommen. Die drei Möglichkeiten waren vielmehr: *sacramentum petitoris iniustum esse*, in dem oben besprochenen Falle, *sacramentum possessoris iustum esse*, wenn dem Beklagten seine Rechtfertigung geglückt, *sacramentum petitoris iustum esse*, wenn die Rechtfertigung nicht geglückt war. Entsprechend im Formularprozeß: *rem petitoris non esse*, *rem possessoris esse*, *rem petitoris esse*. — Überhaupt ist es eine Verirrung, wenn man vielfach angenommen hat, die Beweisverteilung wäre bei der *legis actio sacramento* anders gewesen als bei der *formula petitoria*, es hätte dort schon das „relativ bessere Recht“ den Ausschlag gegeben und dergleichen mehr; wie denn germanistische Lesefrüchte meistens da verwertet zu werden pflegen, wo sie nicht am Platze sind. Grund dieser Verirrung ist das Gefühl, daß es ohne *actio Publiciana* mit der *probatio diabolica* nicht auszuhalten gewesen wäre. Er fällt weg, wenn man diesen Aberglauben aufgibt.

klärt zu werden. Es lag also nahe, jetzt zuerst vom Kläger die Angabe und den Beweis seines Besitztitels zu verlangen. Mehr freilich auch nicht. Unsere Juristen würden natürlich sofort mit der probatio diabolica¹¹⁹ bei

¹¹⁹ Die probatio diabolica habe ich schon im Archiv f. d. civilistische Praxis Bd. 76 S. 16 f. (vgl. auch Bd. 78 S. 311 ff.) als eine Verirrung gekennzeichnet, bin dabei aber auf den energischen Widerspruch Meyers gestossen, der sich in zwei Entgegnungen in derselben Zeitschrift, Bd. 77 S. 364 ff., Bd. 79 S. 446 ff., äußern durfte. Mir bietet sich erst jetzt Gelegenheit, auf diesen Streit zurückzukommen.

1. Auf Grund seiner langjährigen Erfahrung aus dem gemeinen Recht teilt Meyer mit, es sei ihm kein einziger Fall vorgekommen, in welchem man den Beweis des Erwerbsgrundes für die Eigentumsklage für genügend gehalten hätte, dafern das Eigentum des Auctors bestritten war. Aber das hat wohl auch kein Mensch behauptet. Ich jedenfalls habe nie bezweifelt, daß die Praxis auf dem von Meyer behaupteten Standpunkt stehe. Die Sache ist eben einfach die, daß die Praxis gar keine Veranlassung hat, sich offen gegen das Dogma aufzulehnen, da man durch die Möglichkeit, bei Bestreitung des dominium auctoris die Klage als actio Publiciana anzusehen, es in der Hand hat, das Dogma zu umgehen. Mit Berufung darauf hatte ich dann gesagt, der Streit sei nur von geringer praktischer Bedeutung. Dennoch bringt Meyer es a. a. O., Bd. 77 S. 765, wie eine Offenbarung vor, die das scheinbare Rätsel löse, weshalb es trotz jenes gläubigen Standpunktes der Praxis ihm nicht erinnerlich sei, „daß jemals der auf derivativen Erwerb sich stützende Kläger das volle Eigentum seines Auctoren nachgewiesen“ habe. Eine bessere Bestätigung, daß das Dogma der probatio diabolica nur auf dem Papiere steht, kann ich mir nicht wünschen.

2. Eppur si muove, und es gilt doch! sagt Meyer, nicht nur auf dem Papiere, sondern auch thatsächlich, nämlich in den Ausnahmefällen, wo der Kläger zwar die Eigentumsklage, nicht aber die actio Publiciana anstellen kann, weil Kläger nicht in den Besitz gekommen ist. Diese Fälle kämen nur in der Praxis selten vor; ihm wenigstens sei nie ein solcher vorgekommen. Nun sind die Hauptfälle dieser Art Legat und im römischen Recht Manzipation ohne Besitzübertragung. Von diesen Fällen habe ich

der Hand sein und dem Kläger auch noch den Beweis des Erwerbes seiner Auctoren aufbürden. Aber die

Bd. 76 S. 18 ff. gehandelt. Dort habe ich ausgeführt, daß allerdings, wenn der Testator zur Zeit seines Todes oder der Manzipant zur Zeit der Manzipation nicht Besitzer war, der Nachweis des dominium testatoris oder auctoris geführt werden müsse. Aber nicht anders, als wenn der Testator oder der Auctor selber die Vindikation angestellt hätte, also ohne auf das Eigentum seines Auctors zurückzugehen. Der Grund ist, daß, wer eine Sache vermacht oder manzipiert, von der er thatsächlich nichts hat als die Klage auf Herausgabe, auch nur diese Klage übertragen kann. Das Legat oder die Manzipation der vom Testator oder Manzipator nicht besessenen Sache sind thatsächlich nur eine Cession der rei vindicatio.

3. Die meisten Fälle strengen Eigentumsbeweises, die in der Praxis vorkamen, sagt Meyer, Bd. 77 S. 365, „waren Fälle außerordentlicher Ersitzung, wenn z. B. Streit über ein Stück Land war, ob es zu diesem oder jenem Bauergute gehöre.“ Und Bd. 79 S. 447 giebt er endlich ein Beispiel aus dem Leben. „Es ist mir mehrfach vorgekommen,“ sagt er, „daß niemand das Eigentum an einem Stück Land beweisen kann, nämlich wenn es sich um Streifen Landes, die keinen großen Wert haben, handelt, z. B. weit hinaus in der Heide liegende Landstücke, die nur benutzt werden, um Heidschnucken darauf weiden zu lassen. In solchen Fällen ist es schon schwer, den Besitz zu entscheiden. Nun verkauft und übergiebt A. seinen Hof mit dem Stück Land an B., während C. seinen Hof mit demselben Stücke Land an D. verkauft und übergiebt. D. befindet sich seit 9 Jahren im ruhigen Besitze des Stückes Land, welches auf einmal durch den Bau einer Eisenbahn wertvoll wird. Nun tritt B. auf und verklagt D. auf Herausgabe des Grundstückes. Die herrschende Meinung sagt: Dann muß B. beweisen, daß das Grundstück früher A. gehörte, und da er das nicht kann, so behält der Besitzer das Grundstück. Dagegen sagt Pflüger: Dann muß D. beweisen, daß der A. Nichteigentümer war. In dem gewählten Beispielsfalle kann er das auch nicht, weil eben die Eigentumsverhältnisse nicht aufzuklären sind, also siegt nach Pflüger der Kläger B.“

Hier ist Meyer seiner Sache denn doch zu sicher. Es fällt mir gar nicht ein, solchen Unsinn zu behaupten, vielmehr entscheide ich genau so wie er, nur aus anderen Gründen.

Pontifices sollten ja nicht eigentlich ergründen, ob der Kläger Eigentümer sei, sondern sie hatten über den gescholtenen Eid des Beklagten zu Gericht zu sitzen. Nur um leichtfertige Eidesselte zu verhüten, hatte man vom

Dafs Kläger seine Klage nicht einfach damit begründen kann, dafs er sagt, er habe den Hof von A. gekauft und übergeben erhalten, ist selbstverständlich. Aber nicht etwa weil die rei vindicatio auch den Nachweis des dominium auctoris verlangt, sondern weil die Klage nicht auf den Hof, sondern auf das Stück Heide geht. Ebenso wenig kann er aber sagen, dafs er die Heide gekauft und übergeben erhalten habe, aus dem ebenso einfachen Grunde, weil er nicht die Heide, sondern den Hof gekauft hat. Er hat die Heide nur als Teil des Hofes gekauft. Die einzig mögliche Begründung ist daher die, dafs er den Hof gekauft und übergeben erhalten habe, und dafs die Heide ein Teil des Hofes sei. Ist jenes unbestritten, so wird er thatsächlich nur dieses zu beweisen haben. Und das kann er allerdings nur so, dafs er den Titel, der ihm fehlt, bei seinem Auctor A. holt. Er kann z. B. nachweisen, dafs A. die Heide zum Hofe zugekauft habe. Nach dem Eigentum des Auctors des A. wird ihn dagegen niemand fragen, und darum ist dieses Zurückgehen auf das dominium auctoris so wenig ein Fall der probatio diabolica wie die Fälle unter 2. Dasselbe gilt natürlich, wann nachgewiesen wird, dafs A. die Heide durch 30jährigen Besitz ersessen habe.

4. Gegenüber meiner Bemerkung, dafs der Streit um die probatio diabolica nur von geringer praktischer Bedeutung sei, behauptet Meyer, die Bedeutung sei im Gegenteil „sehr erheblich“ in den Fällen der l. 9 § 4 D. 6. 2 und l. 14 D. 20. 4. Wenn diese Fälle wirklich in der Praxis so häufig vorkommen, wie Meyer anzudeuten scheint — ich weifs es allerdings nicht und bezweifle es —, so bin ich natürlich sofort bereit, mein Urteil zu ändern. Was aber Meyer gegen meine Ausführungen über diesen Punkt (Bd. 78 S. 311 ff.) vorbringt (Bd. 79 S. 449 f.), bedarf nicht der Widerlegung.

Schliesslich will ich noch bemerken, dafs ich entfernt nicht daran denke, über eine langjährige praktische Erfahrung, wie Meyer Bd. 79 S. 447 meint, gering zu urteilen, sondern ganz allein über den kritiklosen Gebrauch, der ab und an davon gemacht wird.

Kläger die Einsetzung des Gegeneides verlangt, und verlangten die Pontifices jetzt vom Kläger den Nachweis, daß er den Eid, die Sache sei sein, nicht ohne Grund geschworen habe. Dazu genügte aber der Nachweis seines Erwerbsgrundes zweifellos. Daß der Beklagte vor dem König seine Auctoren herbeiholen mußte, hatte seinen guten Sinn. Man suchte den Dieb. Aber jetzt mit einem Male von dem Kläger das zu verlangen, was man bisher nur vom Beklagten zu verlangen gewohnt war, wäre eine schreiende Ungerechtigkeit gewesen. Denn man hätte dem Kläger, vielleicht nach langen Jahren, das aufgebürdet, wovon der Beklagte schon nach ein- oder zweijährigem Besitz befreit war. Und bis zum wievielten Auctor hätte der Kläger denn zurückgehen sollen? Daß er damals, als er noch im Besitze war, sich seinerseits als Beklagter auf den *usus* hätte berufen können, konnte ihm jetzt nicht helfen. Das Recht, auf den *usus* gestützt, die Antwort nach dem Erwerbsgrund zu verweigern und ohne Auctoren fertig zu werden, war ein ausschließliches Recht des Beklagten, und der Beklagte, *beatus possidens*, hatte es eben erst geltend gemacht. Die *Usucapion* aber, durch die derselbe Zweck hätte erreicht werden können, war, wenn auch ein Kind des *usus*, zur Zeit des alten Prozesses noch nicht erfunden.

Die Entwicklung der *Usucapion* ist so zu denken. Wenn im ältesten Prozeß der Beklagte, auf seinen *usus* gestützt, den Bescheid über die *causa* verweigert und den Eid über sein Recht geleistet hatte, dann konnten die Pontifices, indem sie die Richtigkeit seines Eides untersuchten, nicht umhin, ihn doch wieder nach seinem

Erwerbsgründe zu fragen. Natürlich ohne zugleich die Gestellung des Auctors zu verlangen, dessen Gewährschaftspflicht ein für allemal erloschen war, ohne überhaupt auf eine Prüfung der Befugnis des Auctors, über die Sache zu verfügen, einzugehen. Dadurch, daß man den Beklagten trotz seines usus nach der causa fragte, war überdies das Gleichgewicht zwischen den Parteien wieder hergestellt: zugleich ein weiterer Beweis dafür, daß der Kläger, der von dem Könige überhaupt nie nach seinem Erwerbsgründe gefragt wurde, diesen, aber auch nur diesen, vor den Pontifices anzugeben hatte.

Als dann der altrömische Prozeß zur *legis actio sacramento* wurde, kam zu dem Beweise des Titels noch der des usus und der *bona fides* hinzu. Jener, um ihn dem Magistrat abzunehmen, dieser als Ersatz für den weggefallenen wirklichen Eid. Aber natürlich hatten die Pontifices es in der Hand, wenn der Fall ihnen danach zu liegen schien, auf die erst von ihnen aufgestellten Erfordernisse, Titel und *fides*, zu verzichten, sich mit dem allein gesetzlichen Erfordernis des ein- oder zweijährigen Besitzes begnügend. So entstanden neben den regelmäßigen die bekannten anomalen Fälle der *Usucapion*. Und so finden auch die Ausführungen *Stintzings*¹²⁰ über eine ursprüngliche *Usucapion* ohne Titel und *fides*, bei der von dem Ersitzenden nur verlangt wurde, daß er nicht *fur* sei¹²¹, eine merkwürdige Bestätigung. Nur

¹²⁰ Das Wesen von *bona fides* und Titel in der römischen *Usucapionslehre* S. 1 ff.

¹²¹ Wegen des bekannten Satzes der *lex Atinia*: *Quod subruptum erit eius rei aeterna auctoritas esto* (Gellius

daß diese Usucapion noch nicht Usucapion, sondern usus hiefs, und daß Stintzing an einen Eid dessen,

N. A. 17, 7 § 1). Der ursprüngliche Sinn ist: die Beschränkung der Gewährungspflicht auf ein Jahr bei beweglichen Sachen gilt nur, wenn der Vorwurf des *furtum* nicht erhoben ist. In diesem Falle muß der Auctor immer noch gebracht werden und sich über seinen Erwerb ausweisen. Denn die Suche nach dem Dieb kennt keine Rücksicht. Vgl. Mommsen, *ad legem de scribis et viatoribus et de auctoritate* S. 20 ff. Bechmann, *Kauf* I S. 120. —

Bei der Gelegenheit mögen auch einige Worte über den XII Tafelsatz: *adversus hostem aeterna auctoritas* (Cicero, *de officiis* I. 12, 37) erlaubt sein. Bei diesem will Bechmann (a. a. O. S. 119) die von Mommsen (a. a. O. S. 19 f.) behauptete Beziehung zur Auctoritas und zur Usucapion nicht anerkennen. Beide von Mommsen zur Auswahl gestellten Erklärungen verwirft er. Von der Gewährungspflicht gegen einen peregrinischen Käufer könne der Satz nicht handeln, weil *adversus* und *adversarius* grade im Prozeß die Gegnerschaft bezeichne, hier dagegen von Unterstützung im Prozeß die Rede sein solle. Noch weniger könne man aber den *hostis* als Gegner, d. h. als *Evincten*, gegenüber einem Bürger als Beklagten denken. Denn es ergebe sich dann der ganz unerfindliche Satz, daß der Bürger, der eine Sache des *hostis* kauft, dem *hostis* gegenüber die Auctoritas des Verkäufers für alle Zeiten nötig habe. Daß eine solche Begünstigung des *hostis* auf Kosten des Bürgers unerfindlich ist, ist allerdings richtig.

Der Fehler Bechmanns liegt aber darin, daß er als selbstverständlich voraussetzen zu müssen glaubt, daß *hostis* einen Fremden mit *commercium* bedeute. Vielmehr kommt umgekehrt gerade in unserem Satze der Mangel des *commercium* beim *hostis* zum gesetzlichen Ausdruck. Denn eben weil der *hostis* kein *commercium* hat und daher kein Eigentümer werden kann, ist der römische Verkäufer ihm gegenüber in alle Ewigkeit zur Gewährung verpflichtet. Eben darum kann er dann auch nicht ersitzen. Das Wort *adversus* kann doch im Ernst nicht entgegenstehen. Denn ebensowenig wie man das Wort *hostis* in dem Sinne des klassischen Sprachgebrauchs nimmt, darf man das auch hier thun. Spricht man doch auch im Deutschen von einer Verpflichtung gegen jemand, und ist doch die ur-

Pflüger, Die *Legis actio sacramento*. 5

der sich auf diese Art von Ersitzung berief, und durch den allein der von Stintzing erschlossene ursprüngliche Rechtszustand erträglich wird, nicht gedacht hat.

Den Namen und Begriff der Usucapion, als Ausdruck des Satzes, daß durch den usus Eigentum erworben wurde, ebenso wie diesen Rechtssatz selbst, wird man freilich erst dann gebildet und aufgestellt haben, als man auf den Gedanken verfiel, ihn auch für den Kläger nutzbar zu machen.

Die Pontifices, haben wir gesehen, konnten nicht umhin, den Beklagten trotz seines usus nach seinem Besitztitel zu fragen. Aber sie ließen mit sich reden, und begnügten sich mit einem geringeren Titel, statt des Nachweises der förmlichen Manzipation mit dem der *traditio ex iusta causa*, und so thaten sie denn zugleich den ersten Schritt zur Anerkennung des bonitorischen Eigentums. Sollte man den Kläger, wenn er nur Tradition beweisen konnte, schlechter behandeln? So prägte man den nur auf den Beklagten gemünzten, rein prozeßrechtlichen Satz vom usus um und gab ihm eine materiellrechtliche, auch dem Kläger zu gute kommende Fassung. Mit dem Satz, daß der usus den Beklagten von der Pflicht, seine causa zu nennen und seinen Auctor zu stellen, befreie, konnte der Kläger nichts anfangen. Anders mit dem Satze, daß durch ein- oder zweijährigen Besitz, *iusto titulo* und *bona fide*, Eigentum erworben werde.

sprüngliche Bedeutung des Wortes einfach so viel wie „zugewendet“, was von Haus aus ebensogut freundlich wie feindlich gemeint sein kann. — Vgl. auch l. 36 D. 121: *obligatio tua adversus me*, cit. Vocab. Jurisprud. Rom. I 279 (bei der Korrektur).

VIII.

Ehe wir zum Schlufs der legis actio sacramento in personam ein paar Worte zuwenden, sei noch einer von Valerius Probus überlieferten rätselhaften Note gedacht, die man bisher nicht hat unterbringen können, und die zu besprechen sich uns in der bisherigen Untersuchung keine Gelegenheit geboten hat.

S. N. S. Q. si negat sacramento quaerito¹²².

Diese Note steht mitten zwischen solchen, die zweifellos zur legis actio sacramento in rem gehören und dadurch auch ihre Zugehörigkeit zu dieser bezeugen. Insbesondere folgt sie auf die Note:

E. J. M. C. V. ex iure manum consertum vocavit,

die sich unstreitig auf das bekannte Verfahren zur Einleitung der Vindikation eines Grundstücks beziehen¹²³. Das giebt zu denken. Erinnert man sich nämlich der bekannten Thatsache, dafs in der römischen Rangordnung der Vermögensstücke auf die unbewegliche die bewegliche Sache folgt¹²⁴, so möchte man unsere Note mit einem entsprechenden Vorverfahren zum Prozeß um be-

¹²² Vgl. dazu Keller-Wach a. a. O. Anm. 206.

¹²³ Vgl. Keller a. a. O. § 14 bei Anm. 211.

¹²⁴ Rudorff, Zeitschrift für geschichtliche Rechtswissenschaft III S. 62. Lenel, Edictum S. 29 bei Anm. 6.

wegliche Sachen in Verbindung bringen. Ein solches konnte in der That nicht entbehrt werden. Denn wie beim Streit um Grundstücke durch das *ex iure manum consortum vocare*, ursprünglich wenigstens, der Beklagte genötigt wurde, zu der streitigen Sache zu kommen: ebenso bedurfte es bei beweglichen Sachen eines Verfahrens, damit die streitige Sache mit ihm ins Gericht kam. Zur Zeit des Formularprozesses hatte man dafür die *actio ad exhibendum*. Dafs man zu demselben Zweck eine besondere *legis actio* gehabt hätte, ist nicht wahrscheinlich. Es ist daher anzunehmen, dafs die Herbeischaffung der Sache durch ein Vorverfahren, entsprechend dem *ex iure manum consortum vocare* vermittelt wurde.

Wie nun, wenn der Beklagte den Besitz der Sache ableugnete? Nach dem Recht des Sachsenspiegels¹²⁵ konnte in solchem Falle der Kläger verlangen, dafs der Beklagte seine Ablehnung eidlich erhärtete. Denselben Sinn haben die Worte, die uns hier beschäftigen. Sie sind nicht Teil des Formulars, sondern als Anweisung für den Kläger zu denken. „Wenn er, der Beklagte, leugnet, nämlich den Besitz, dann soll er, der Kläger, ihn unter Eid fragen“, das heifst die Frage nach dem Besitz des Beklagten, unter Vorsagung einer entsprechenden Eidesformel, wiederholen. Wir hätten damit zugleich einen Fall, wo noch bei der *legis actio sacramento* unter *sacramentum* ein wirklicher Eid verstanden wurde. Ob darauf die bekannte Stelle des Festus v. Sacramento¹²⁶ sich bezieht?

¹²⁵ Ssp. I 15 § 2. Vgl. Laband, Vermögensrechtliche Klagen, S. 59.

¹²⁶ Abgedruckt S. 15.

IX.

Von der *legis actio sacramento in personam* wissen wir, wie schon bemerkt, leider sehr wenig. Aber doch genug, um uns ein Bild machen zu können¹²⁷. Unsere Hauptquelle ist, da der betreffende Abschnitt des Gaius unleserlich ist, Valerius Probus. Von ihm haben wir die Note:

A. T. M. D. O. aio te mihi dare oportere.

So begann hier zweifellos der Kläger. Und der Beklagte antwortete ganz entsprechend:

nego me tibi dare oportere.

Aber natürlich nannten beide auch den Gegenstand des dare.

Eine zweite Note lautet:

Q. N. T. S. Q. P. quando negas te sacramento quingenario provoco.

Diese Aufforderung zum *sacramentum* folgte zweifellos sofort auf des Beklagten Negation. Das Weitere kann man sich denken¹²⁸.

Auch die *legis actio sacramento in personam* ist aus

¹²⁷ Vgl. zum Folgenden Keller-Wach a. a. O. § 13.

¹²⁸ Über die dritte Note: Q. N. Q. A. N. Q. N. quando neque ais neque negas vgl. Keller-Wach a. a. O. Anm. 206.

einem altrömischen Schuldprozeß, der sich ganz vor dem König abspielte, hervorgegangen.

Verweisen wir zum letztenmal auf das deutsche Recht. Auch nach dem älteren deutschen Recht¹²⁹ konnte die Klage um Schuld — allerdings nur um bestimmte Geldschuld, *certa pecunia* — aus der nackten, unsubstanzierten Behauptung bestehen, Beklagter sei dem Kläger die und die Summe schuldig: *aiō te mihi C dare oportere* ins Deutsche übersetzt. Einer solchen Klage „entging der Beklagte mit seiner Unschuld“, das heißt er konnte sich durch seinen Eid von der Klage freischwören. Wenn dagegen der Kläger seine Klage substantiiert hatte, war dadurch dem Beklagten der Eid verlegt.

Dafür daß auch der altrömische Schuldprozeß der unsubstanzierten Klage gegenüber den Unschuldseid erlaubte, wollen wir uns nicht auf das Zeugnis des Dionys von Halicarnas¹³⁰ berufen, wonach zuerst Numa angeordnet hätte, daß, wenn Verträge ohne Zeugen abgeschlossen worden waren, der Eid einer Partei den Ausschlag geben solle. Es ist auch ohne dieses zweifelhafte Zeugnis wahrscheinlich. Aus dem Falle der Schelte eines solchen Unschuldseides konnte sich dann die *legis actio sacramento* entwickeln, jede weitere Spur des alten Schuldprozesses vernichtend.

¹²⁹ Vgl. Laband, Vermögensrechtliche Klagen, S. 10 ff.

¹³⁰ Antiq. Rom. 2. 75.

Inhalt.

	Seite
I.	
Die Überlieferung	5
II.	
Die Vorgänger	10
III.	
Postulo anno dicas qua ex causa vindicaveris	24
IV.	
Quando in iure te conspicio postulo anne fuas auctor	35
V.	
Usus auctoritas fundi biennium ceterarum rerum annus	46
VI.	
Eidesschelte und legis actio sacramento	51
VII.	
Beweis und Usucapion	58
VIII.	
Si negat sacramento quaerito	67
IX.	
Legis actio sacramento in personam	69

69

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

